ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten KPD/ML

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

4. Jahrgang März/April-Ausgabe 1970 Preis 80 Pfg.

PLATTFORM DES ZK DER KPD/ML

ZUR AUSEINANDERSETZUNG UM DIE PROLETARISCHE LINIE BEIM AUFBAU DER PARTEI UND DER ROTEN GARDEN

1. Die Funktion der marxistisch-leninistischen Partei

Augenblicklich gibt es bei vielen Genossen der KPD/ML Unklarheiten über die Rolle der marxistisch-leninistischen Partei im Klassenkampf. Allgemein gesprochen, hat die marxistisch-leninistische Partei die Aufgabe, das Proletariat im Kampf um seine Befreiung und die der gesamten Gesellschaft zu führen. Dazu reicht jedoch der subjektive Wille und die Begeisterung der Parteimitglieder nicht aus, denn der Verlauf der Geschichte richtet sich nicht nach den subjektiven Wünschen und Hoffnungen der Menschen. Er folgt vielmehr objektiven Gesetzen, die durch die Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse bedingt sind. Deshalb muß sich die marxistisch-leninistische Partei die Kenntnisse dieser objektiven Gesetzmässigkeiten aneignen. Sie muß fähig sein, die Bewegung der Klassen und der Revolution im voraus zu überblicken, um daraus die Etappen des Kampfes des Proletariats zu bestimmen. Die Erfüllung dieser Bedingung ist unbedingt notwendig, um die Partei zur Vorhut des Proletariats werden zu lassen.

Deshalb ist unser Sozialismus keine Illusion oder Utopie, sondern wie uns Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung lehren, wissenschaftlicher Sozialismus. Die marxistisch-leninistische Partei verkörpert daher die Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung - das heißt proletarische Linie.

Die Unkenntnis der objektiven Gesetzmässigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung hat in der Geschichte der Kämpfe des Proletariats immer zu schweren Niederlagen und zur Demoralisierung der Arbeiterklasse geführt. Die katastrophalen Niederlagen der deutschen Arbeiterbewegung 1918 und 1933 mit ihren Blutopfern sind hierfür ein warnendes Beispiel. Die Verachtung des wissenschaftlichen Sozialismus, der seinem Wesen nach kritisch und revolutionär ist, ist daher eine große Verantwortungslosigkeit dem Proletariat gegenüber, ist Verbrechen an der Arbeiterbewegung. Es ist eine zynische Haltung gegenüber dem Proletariat, das auch noch als proletarische Linie anzusprechen. Wenn augenblicklich immer mehr Arbeiter und Jungproletarier sich hoffnungsvoll an uns wenden und uns ihr

Vertrauen entgegenbringen, so wäre es ein großer Verrat an ihnen und der Sache aller Arbeiter, wenn wir sie in vereinzelte sinnlose Kämpfe schickten und sie verheizten.

Die Verachtung des wissenschaftlichen Sozialismus führt unweigerlich zum Subjektivismus.

Subjektivismus als gefährliche Abweichung von der proletarischen Linie

Der Subjektivismus zeigt sich in zwei Erscheinungsformen, die sich nur scheinbar widersprechen, sich aber in Wirklichkeit häufig ergänzen.

Es handelt sich um Dogmatismus und Empirismus. Die Dogmatiker spielen sich, im Gegensatz zu den Empiristen, als Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus auf, sie begreifen jedoch nicht den Kern des Marxismus-Leninismus, der in der dialektisch-materialistischen Methode besteht. Sie verstehen es nicht, die allgemeinen Wahrheiten mit der konkreten Lage unserer Revolution zu verbinden und weigern sich, nach der richtigen Methode einer konkreten Analyse einer konkreten Situation vorzugehen. Stattdessen verwandeln sie den Marxismus-Leninismus in eine Anhäufung von hohlen Phrasen, wobei sie häufig Zitate aus dem Zusammenhang reißen, um damit Genossen einzuschüchtern. Die andere Form des Subjektivismus ist der Empirismus.

Die Empiriker erheben die sinnlichen und Teilerfahrungen zu allgemeinen Wahrheiten, ohne in der Lage zu sein, sie auf das Niveau der Theorie zu heben und ihnen einen systematischen, synthetischen Charakter zu verleihen.

Während sie blind in der Praxis herumtappen, versuchen sie ihre Teilerfahrungen ("Detailanalysen") als Theorie an den Mann zu bringen.

Die Dogmatiker machen das Allgemeine zum Besonderen, die Empiriker verfallen in den entgegengesetzten Fehler, indem sie das Besondere zum Allgemeinen erheben wollen. Beide Formen des Subjektivismus schaden der Arbeiterbewegung und bilden Abweichungen vom korrekten marxistisch-leninistischen Arbeitsstil und gefährden damit die Arbeiterbewegung. Um diese Abweichungen zu überwinden, muß die Methode der dialektischen Verbindung vom Allgemeinem und Besonderem, d.h. der wissenschaftliche Sozialismus jederzeit von der Partei vorangetrieben werden.

Da die Partei die Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung darstellt, muß sich dieses Verhältnis auch in der revolutionären Organisation niederschlagen. Diese "muß die sozialistischen Kenntnisse und die revolutionären Erfahrungen, die sich die revolutionäre Intelligenz aus den Lehren der Vergangenheit erarbeitet hat, vereinigen mit der Kenntnis des Arbeitermilieus und mit der den Arbeitern eigenen Fähigkeit, unter den Massen zu agitieren und sie zu führen. Was wir vor allem und in erster Linie anstreben müssen, ist nicht, eine künstliche Scheidewand zwischen Intellektuellen und Arbeitern zu errichten, nicht, eine "reine Arbeiter"organisation zu schaffen, sondern eben die erwähnte Vereinigung" (Lenin). Jene führenden Arbeiter rekrutieren sich aus der "Arbeiterintelligenz", die Lenin als jene "wirklichen Helden" bezeichnet, "die - trotz ihrer abscheulichen Lebensverhältnisse, trotz abstumpfender Zwangsarbeit in der Fabrik - soviel Charakter und Willensstärke aufbringen, um zu lernen, zu lernen und nochmals zu lernen und sich zu klassenbewußten Sozialdemokraten, zu einer "Arbeiterintelligenz" herauszubilden. "Wir müssen alle Kräfte aufbieten, damit sich ihre Reihen ständig erweitern, damit ihre großen geistigen Ansprüche voll befriedigt werden, damit aus ihren Reihen Führer der Sozialdemokratischen Partei Rußlands hervorgehen."

Die Gewinnung und Heranbildung einer solchen "Arbeiterintelligenz", deren Vereinigung mit den sozialistischen Intellektuellen in der revolutionären Partei zeichnet die 1. Phase der Entwicklung der Partei hauptsächlich aus. Dabei ist besonders darauf zu achten, daß die Intellektuellen jegliche Überheblichkeit (Arroganz), alle intellektualistischen und individualistischen Allüren gänzlich abstreifen, dagegen revolutionäre Bescheidenheit und Disziplin an den Tag legen und alle Verbindlichkeiten eines Parteimitglieds voll erfüllen.

2. Das Organisationsprinzip der marxistisch-leninistischen Partei

Das grundlegende Organisationsprinzip der marxistisch-leninistischen Partei ist der demokratische Zentralismus.

Bei vielen Genossen unserer Partei scheinen erhebliche Unklarheiten über dieses Prinzip zu bestehen. Sie stellen mechanistisch bald den Zentralismus gegen die Demokratie, bald die Demokratie gegen den Zentralismus, statt deren dialektische Einheit jeweils konkret zu bestimmen.

Daraus folgt, daß die proletarische Demokratie immer schon auf Einheit und Zentralismus abzielt. Dabei muss vor allen Dingen ein Mißverständnis von vornherein ausgeschaltet weruen: Proletarische Demokratie dient dem Kampf von Ansichten mittels Argumenten und nicht einem rein formalistischen Abstimmungsmechanismus. Wir sind keine bürgerliche Partei, in der unter "Demokratie" die rein statistische Mehrheit von subjektiven Interessen verstanden wird. Unsere Demokratie muß die Möglichkeit beinhalten, daß ein richtiges Argument hundert falsche besiegt. Deshalb ist die Methode Kritik-Selbstkritik ein wesentlicher Bestandteil der proletarischen Demokratie. Kritik bedeutet der Kampf der richtigen Argumente gegen die falschen, Selbstkritik bedeutet die Aufgabe der falschen Positionen zugunsten der richtigen. Wenn man die proletarische Demokratie nicht richtig verstanden hat, gerät man leicht in Gefahr, sie mit bürgerlicher Demokratie zu verwechseln. Dann führt man den Kampf um die Mehrheit nicht mit Argumenten, man unterscheidet nicht klar zwischen richtig und falsch, sondern man versucht durch Manipulation und Intrigantentum hinter den Kulissen rein formale "Mehrheiten" zusammenzuzimmern.

Genosse Mao Tsetung hat festgestellt, daß die Methode Kritik-Selbstkritik nur richtig angewandt werden kann, wenn man vom Wunsch nach Einheit ausgeht, um danach zu einer neuen Einheit zu gelangen. Mao Tsetung sagt: "Die "linken" Dogmatiker hatten in der Vergangenheit im innerparteilichen Kampf die Methode "rücksichtslosen Kampfes" und "erbarmungsloser Schläge" angewandt. Diese Methode war falsch. Bei der Kritik an der "linken" Abweichung des Dogmatismus wandten wir an Stelle dieser alten eine neue Methode an: von dem Wunsch nach Einheit ausgehen, durch Kritik oder Kampf klar zwischen richtig und falsch unterscheiden und damit auf neuer Grundlage eine neue Einheit erreichen ... Wenn man diese Methode anwendet, muß man vor allem von dem Wunsch nach Einheit ausgehen. Denn wenn subjektiv der Wunsch nach Einheit nicht vorhanden ist, führt der Kampf unweigerlich zur schlimmsten Desorganisation. Wäre das nicht dasselbe, wie "rücksichtsloser Kampf und erbarmungslose Schläge"? Was für eine Einheit der Partei gäbe es da noch? Durch diese Erfahrung kamen wir zu der Formel "Einheit - Kritik - Einheit".

Diese Aussagen bilden die Grundlage für die 4 Regeln der Parteidisziplin:

1. Unterordnung des einzelnen unter die Organisation;
2. Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit;
3. Unterordnung der unteren Instanzen unter die oberen;
4. Unterordnung der gesamten Partei unter das Zentralkomitee.

3. Die Hauptaufgabe unserer Partei in der jetzigen Phase

Unsere Partei steht noch in ihren ersten Anfängen. Um ihre Aufgabe als marxistisch-leninistische Partei in unserem Lande in dieser Epoche erfüllen zu können, muß sie konkret für unsere Situation die Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung leisten. Da wir augenblicklich weder eine marxistisch-leninistische Analyse des heutigen Monopolkapitalismus noch eine richtige Klassenanalyse Deutschlands besitzen, wird deren Ausarbeitung zur absoluten Notwendigkeit. Dabei genügt es keinesfalls, zwar abstrakt diese Notwendigkeit zu bejahen, in Wirklichkeit aber nicht zu ihrer Erstellung beizutragen. Solange wir keine marxistisch-leninistische Analyse des heutigen Imperialismus und seiner Klassenverhältnisse besitzen, werden wir immer wieder hilflos in die Denkschemata des Revisionismus und anderer bürgerlicher Theorien versinken. Das

gilt auch und gerade für sogenannte Teilanalysen. Eine Detailanalyse erhält ihren Aussagewert nur durch die allgemeinen Begriffe und Vorstellungen, mit denen sie arbeitet. Wenn diese Begriffe und Vorstellungen nicht aus einer marxistisch-leninistischen Analyse hervorgehen, werden sie notwendigerweise vom Revisionismus oder anderen bürgerlichen Theorien entlehnt werden müssen.

Das beste Beispiel dafür stellt die "Detailanalyse" dar, die dem Lehrlingsaufruf der Roten Garde NRW zugrunde lag. Bei dem untersuchten "Detail" handelte es sich um den Krupp-Plan und das Berufsausbildungsgesetz. Da man die Analyse ohne marxistisch-leninistische Vorstellungen und Begriffe in Angriff nahm, unterlag man unbewußt reformistischen Vorstellungen und Begriffen. Das zeigte sich darin, daß man zu einer "Entqualifizierungs"-Theorie kam, die im Grunde völlig mit der von der rechts-trotzkistischen (lambertistischen) IAK entwickelten übereinstimmte. Aufgrund dieser "Theorie" läuft man Gefahr, die KPD/ML von dem Weg einer Partei der Avantgarde des Proletariats auf den Weg einer Partei der Nachhut der Arbeiteraristokratie zu bringen. Tendenzen dazu zeigten sich bereits in einer Lehrlingszeitung, die arbeiteraristokratisches Bewußtsein bei den Lehrlingen (gegenüber den Hilfsarbeitern) züchtet.

Solche gefährlichen Abweichungen zeigen, daß wir mit aller Kraft das theoretische Niveau in unserer Partei heben und die Erforschung der objektiven Verhältnisse vorantreiben müssen. Die Praxis selbst ist es also, die im Widerspruch zwischen Theorie und Praxis für uns die Theorie zur hauptsächlichen Seite werden läßt. Aufgrund dieser Einsicht hat das ZK folgende Richtlinien entlassen:

1. Kommissionen zur Analyse des heutigen Imperialismus und seiner Klassenverhältnisse (einschließlich Gewerkschaftsfrage), zur nationalen Frage sowie zur Geschichte der Arbeiterbewegung.

2. Rote Betriebs- und Stadtteilgruppen als Organe einer von den Komitees geleiteten systematischen Praxis sowie als Keimformen einer möglichen proletarischen Massenorganisation.

3. Komitees als Organe der Verbindung von Massenagitation und -Propaganda und Untersuchung an Ort und Stelle einerseits sowie der theoretischen Analyse des heutigen Imperialismus und seiner Klassenverhältnisse in den Kommissionen andererseits.

4. Ständige Propagierung des Marxismus und der Mao-Tsetungideen unter den Massen sowie politische Propaganda zu grundsätzlichen und aktuellen Fragen anhand der von der Partei im Zentralorgan festgelegten Linie.

Alle vier Aufgaben stellen eine enge dialektische Einheit dar, in der unsere revolutionäre Praxis ihre theoretische Stütze findet. Dadurch wird ein Abgleiten in die verschiedenen Arten des Opportunismus weitgehend verhindert. Auf keinen Fall können wir dulden, daß die Tätigkeit der Partei von irgendwelchen "Praktizisten" auf eine rein ökonomistische Agitation eingeschränkt wird. Dazu muß klargestellt werden, daß man den Ökonomismus nicht schon dadurch überwindet, daß man an ökonomistische Betriebs-Enthüllungen abstrakte Aufrufe zum "Kampf gegen die Regierung" sowie zur "Revolution" anhängt. Wenn solche Aufrufe in keinerlei logischem Zusammenhang mit der ökonomistischen Argumentation stehen, dann wird durch sie in keiner Weise zur Enthüllung der politischen Herrschaft der Kapitalistenklasse und zur Entwicklung eines revolutionären proletarischen Bewußtseins beigetragen. Dadurch wird der Kampf der Arbeiterklasse auf dem Bereich des nur-gewerkschaftlichen Kampfes beschränkt.

Demgegenüber müssen wir auch die kleinste Enthüllung dazu benutzen, den Arbeitern das Räderwerk der kapitalistischen Unterdrückungsmaschine vor Augen zu führen. Davon ausgehend müssen wir die Notwendigkeit nachweisen, die gesamte Maschine der Gesellschaft völlig neu aufzubauen, gestützt auf die Herrschaft des Proletariats. Nur so können wir Lenins Forderung erfüllen, den Arbeitern die Forderung nach der Diktatur des Proletariats konkret zu vermitteln.

Beziehungen zwischen Partei und Roten Garden

Das Verhältnis von Partei zu den Roten Garden ist das Verhältnis von Kader- zurMassenorganisation.

Dabei gilt es jedoch zu beachten, daß die Jugendorganisation sich von vornherein unter die Führung der Partei,

auf ihr Programm und ihre politische Linie stellt.

Die Rote Garde muß als Massenorganisation der Jugend selbstverständlich einen eigenen demokratischen Zentralismus entfalten und organisatorisch selbständig sein.

Diese Selbständigkeit ist aber nur unter bestimmten Bedingungen politisch sinnvoll.

1. Das Programm und die Strategie und Taktik der Partei muß weitgehend entwickelt sein. Insbesondere die politische Linie für das Vorgehen in der Frage der Jugend-Massenorganisation sowie verschiedener anderer Massenorganisationen muß ausgearbeitet sein.
2. Die Jugendorganisation muß von zahlreichen Parteikadern durchdrungen sein, die der Parteidisziplin unterworfen sind und die Beschlüsse der Partei propagieren.
3. Der Jugendorganisation muß es aufgrund der ausgearbeiteten richtigen politischen Linie für den Jugendbereich bereits gelungen sein, wirklichen Masseneinfluß zu gewinnen und entsprechend Teile der jungproletarischen Massen zu organisieren. D.h. die Jugendorganisation muß ihren Anspruch als Massenorganisation beginnen, in der Praxis einzulösen.

Es ist offensichtlich, daß in den heutigen Roten Garden diese Bedingungen noch in keiner Weise erfüllt sind.

Bei der Bestimmung der derzeitigen Verhältnisse zwischen Partei und Roten Garde müssen wir unbedingt die konkrete politische Lage, den Zustand der Kaderorganisation und den der Jugendgruppen richtig einschätzen.

Das ZK der KPD/ML ist der Meinung, daß in der gegenwärtigen Phase der Aufbau, die Konsolidierung und Säuberung der Kaderorganisation gegenüber dem Aufbau von Massenorganisationen den Vorrang hat.

Ohne funktionsfähige Kaderorganisation bleiben die Massenorganisationen führungs- und orientierungslos.

Wer also zur Zeit sein Hauptaugenmerk von der Partei weg auf die Massenorganisationen richtet, der führt das Wort von der Partei als höchster Form der Klassenorganisation, von der Partei als bewußtem Vortrupp der Arbeiterklasse, der Führerin des Gesamtproletariats und damit auch seiner Massenorganisationen nur als hohle Phrase im Mund und tut im Grunde nichts dafür, um diesen Worten praktische Bedeutung zu verleihen.

Der Satz "Parteiaufbau geht vor Aufbau der Massenorganisationen" bezeichnet also nicht hauptsächlich eine zeitliche Abfolge, sondern setzt vor allem die richtigen Vorrangigkeiten.

Die Arbeit in den Massenorganisationen muß daher augenblicklich in erster Linie der Festigung und Stärkung der Kaderorganisation dienen. Deshalb müssen die in den Massenorganisationen arbeitenden Parteikader ihre Massenarbeit in den Dienst der Hauptaufgaben der Partei stellen. Besonderer Wert ist darauf zu legen, daß sie immer wieder die Richtlinien der Partei in der Massenorganisation propagieren. Dadurch stählen sie sich selbst als Kader, indem sie lernen, überzeugend zu argumentieren, und gleichzeitig heben sie das ideologische Niveau der Massenorganisation.

Daraus folgt, daß es in der jetzigen Phase einen schweren Irrtum darstellt, die "Unabhängigkeit" der Roten Garden zu betonen. Auf keinen Fall darf geduldet werden, daß die Massenorganisation zur Hausmachtbasis einiger Parteimitglieder wird, um sie als Gewicht bei fraktionistischen Intrigen in die Waagschale zu werfen.

Da weder das Programm über Strategie und Taktik der Partei entwickelt, noch die Politik gegenüber der Klassenorganisation des Proletariats und verschiedener Massenorganisationen festgelegt, noch die politische Linie für die Arbeit im Jugendbereich bestimmt ist, da bei den Roten Garden die Durchdringung mit Parteikadern, die der Parteidisziplin unterworfen sind und die Beschlüsse der Partei propagieren, nur in geringem Umfang gewährleistet ist, ist es zur Zeit völlig verfehlt, von den Roten Garden als einheitlicher Jugendorganisation der Partei zu sprechen, die die Aufbauphase bereits erfolgreich hinter sich gebracht hat und die alle Kriterien einer Massenorganisation schon erfüllt.

Aus diesen Tatsachen ergeben sich drei verschiedenartige Aufgabenstellungen in der Arbeit der Roten Garden;

1. Heranziehung zur Untersuchungsarbeit

vor allem im jungproletarischen (aber auch im Schüler-)Bereich. Diese Arbeit dient der Erstellung des Programms der Partei und des Jugendprogramms der Roten Garde, dient also auch dem Aufbau der Kaderorganisation.

2. Heranbildung von Kadern durch gründliche Schulung (selbstverständlich bilden die praktischen Erfahrungen und die Entwicklung der organisatorischen Fähigkeiten der Genossen einen wesentlichen Bestandteil bei der Heranbildung von Kadern). Die Schulung dient außerdem der Entfaltung der Propaganda.

3. Propagierung des Marxismus-, des Leninismus und der Maotsetungideen und Entlarvung des Kapitalismus im Jungproletariat.

Diese drei Formen der Tätigkeit der Roten Garde können nicht darüber hinwegtäuschen, daß es uns noch an einem einheitlichen Plan für den Kampf der Jugend fehlt, daß wir die verschiedenen Etappen dieses Kampfes und die zentralen Kampfparolen noch nicht entwickelt haben.

Von seiten der Partei müssen beim Aufbau von Roten Garden folgende 5 Punkte beachtet werden:

1. Ideologische Erziehung der Genossen (insbesondere ideologische Umerziehung der Genossen, die aus der 2.-Juni-Bewegung kommen)
2. Gewährleistung der Durchführung der politischen Linie der Partei zum Aufbau von Partei und Roter Garde.
3. Ausrichtung der Roten Garden auf die derzeitigen Hauptaufgaben.
4. Das Verhindern von Unterwanderung der Roten Garde.
5. Schaffung der Grundlagen für den demokratischen Zentralismus.

Diese Bedingungen haben folgende Konsequenzen für die Organisierung der Roten Garden:

Ein eigener demokratischer Zentralismus in den Roten Garden ist in der gegenwärtigen Phase undurchführbar. Wegen des relativ niedrigen ideologischen Niveaus kann die proletarische Demokratie, d.h. die Durchführung der Methode Einheit-Kritik-Einheit, von seiten der Rotgardisten nicht in vollem Umfang geleistet werden. Es würde daher häufig zu einem Abgleiten in bürgerlichen Demokratismus kommen und für Intriganten und Abweichler bestände die Möglichkeit, mittels ihrer Demagogie sich bürgerliche "Mehrheiten" zusammenzuzimmern. Daher müssen die Rote-Garde-Kollektive von Parteibeauftragten geleitet werden, die die Durchführung der politischen Linie der Partei in der Massenorganisation garantieren. Die Parteibeauftragten sind verpflichtet, die Methode von Diskussion und geduldiger Überzeugungsarbeit anzuwenden, einerseits zentral anzuleiten, zum anderen die Initiativen der Mitglieder voll zur Geltung kommen zu lassen. Sie müssen sich stets der Kritik der Mitglieder stellen. Sie müssen nach Diskussion mit den Mitgliedern eine kleine aktive, führende Gruppe um sich scharen, die in Perspektive die Führung der Roten Garde in die Hände nimmt. Auf diese Weise muß der eigene demokratische Zentralismus der Roten Garde vorbereitet werden. Sollte der Parteibeauftragte seine Pflichten bei der Anleitung grob verletzten oder parteifeindliche Tendenzen an den Tag legen, so ist es das Recht jedes Rote-Garde-Mitglieds, sich an die entsprechende Parteileitung zu wenden. Die Parteileitung hat dann eine Aussprache mit dem entsprechenden Rote-Garde-Kollektiv in Anwesenheit des Beschuldigten zu führen,und sollte sich die Kritik als berechtigt herausstellen, ihn abzusetzen.

Bei Neueinsetzung eines Parteibeauftragten sind die Anregungen der Genossen Rotgardisten zu berücksichtigen:

Das Prinzip des Parteibeauftragten gilt für alle Ebenen. Treffen der Parteibeauftragten auf allen Ebenen zur Koordination und zum Austausch der Erfahrungen werden regelmässig einberufen.

Der Übergang zur Wählbarkeit der Gruppenleitungen in der RG vollzieht sich schrittweise. Glaubt eine Gruppe, daß die 5 aufgezählten Punkte kein Hindernis mehr für die volle Entfaltung der proletarischen Demokratie in der Gruppe darstellen, so kann sie bei der zuständigen Parteileitung die Wählbarkeit ihrer Leitung beantragen. Die Versammlung der Parteibeauftragten bzw. gewählten Gruppenleiter auf Landesebene kann bei der LL die Ausdehnung des Prinzips der Wählbarkeit auf den gesamten LV beantragen.

Der Prozeß der vollen Verwirklichung des demokratischen Zentralismus in der

RG wird abgeschlossen durch die Wählbarkeit der Bundesleitung. Sie fällt zusammen mit dem Inkrafttreten eines eigenen Statuts. Der Bundesbeauftragte der Partei für die RG in Zusammenarbeit mit der Versammlung der Landesbeauftragten faßt bereits vom jetzigen Zeitpunkt an alle organisatorischen Erfahrungen sämtlicher RG's zusammen, um sie für einen Entwurf des Statuts der RG auszuwerten. Ebenso berücksichtigt er weitere vorgelegte Entwürfe.

Der endgültige Entwurf wird von der Bundeskonferenz der Landesbeauftragten vorläufig verabschiedet und dem ZK der Partei vorgelegt. Das ZK nimmt eventuelle Änderungen vor. Endgültig wird das Statut auf der nationalen Delegiertenkonferenz der RG verabschiedet. Regionale Statute mit vorläufiger Gültigkeit kann es daher nicht geben.

Die gleichen Prinzipien gelten entsprechend für alle übrigen Massenorganisationen der Partei (Rote Betriebs- und Stadtteilgruppen, eventuelle Studentenmassenorganisation der Partei).

Abschließende Bemerkungen

Die KPD/ML ist eine junge Partei. Es war unvermeidlich, daß sie in der Anfangsphase noch häufig unklare Vorstellungen entwickelte, schwankende Haltungen einnahm und Fehler beging. Dennoch war sie imstande, aufgrund des bereits verwirklichten demokratischen Zentralismus ihren Kurs zu korrigieren und langsam zu klären. Dadurch wurde sie bereits zu einem entscheidenden Faktor in der revolutionären Bewegung unseres Landes. Es konnte also nicht ausbleiben, daß in dem gleichen Masse, indem die marxistisch-leninistische Linie sich konkretisierte, auch abweichende Linien immer deutlicher zum Vorschein kamen. In dieser Situation mußte es die Aufgabe des ZK sein, die marxistisch-leninistische Linie aufgrund der bisherigen Erfahrungen systematisch zusammenzufassen und in der vorliegenden Plattform niederzulegen. Diese Plattform ist das entscheidende Instrument, um die Einheit der Partei in der jetzigen Phase zu verwirklichen. Die Existenz der Plattform soll allen Genossen helfen, abweichlerische Linien als solche zu erkennen, eventuelle Unklarheiten zu überwinden sowie vom Willen zur Einheit zu einer wirklichen prinzipienfesten Einheit zu gelangen. Gegenüber der marxistisch-leninistischen Linie dieser Plattform kann es keine "Neutralität" geben. Alle Organe der Partei und der RG sind aufgerufen, diese Plattform gründlich zu studieren und sich auf ihren Boden zu stellen.

An ihr werden sich die Geister scheiden. Es geht jetzt um die Linie! Persönliche Sympathien und Antipathien sowie persönliche Empfindlichkeiten dürfen jetzt keine Rolle mehr spielen. Die Frage kann nicht mehr heißen: Sympathisch oder nicht, sondern nur: richtig oder falsch. Die Einheit der marxistisch-leninistischen Partei ist es wert, daß man mit allen Kräften um sie kämpft, aber eine prinzipienlose Einheit kann es nicht geben.

RADIO TIRANA

Zeit		Kurzwelle	Mittelwelle
6- 6,30	h	41,50 Meter	215 Meter
13-13,30	h	32,41 Meter	
14,30-15	h	32,41 Meter	
16-16,30	h	32,41 Meter	
18-18,30	h	32,41 Meter	
19-19,30	h	41,50 Meter	
21,30-22	h	41,50 Meter	
23-23,30	h	41,50 Meter	215 Meter

RADIO PEKING

Täglich auf Kurzwelle

19,00 - 20,00 Uhr 43,7 - 42,8

40,8 und 25,6 m

21,00 - 22,00 Uhr 43,7 - 42,8

und 31,7 m

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten

2000 Hamburg 71, Postfach 464

Herausgeber: KPD/ML. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Erscheinungsweise: monatlich. Einzelpreis 40 Pfennig. Jahresbezugspreis: 7,40 DM (einschließlich Porto).

Postscheckkonto: Nr. 2627 67

PSchA Hamburg

Auswirkung des Lohnfortzahlungsgesetzes

Wer krank wird, fliegt !

Die Fratze des Kapitalismus

Die Angst geht um in den Betrieben, die Angst der Arbeiterinnen und Arbeiter vor dem Rausschmiß im Falle eines Krankwerdens. Seitdem am 1.1.1970 das Lohnfortzahlungsgesetz in Kraft getreten ist, reagieren die Unternehmer brutal. Die Zahl der Entlassungen aus Krankheitsgründen (was man natürlich nicht als Entlassungsgrund angibt) hat sich beträchtlich erhöht. Was beinhaltet dieses neue Gesetz, das der Bundestag in seiner letzten Legislaturperiode verabschiedete?

Die Verbesserungen für die Arbeiter sind:

Wegfall der bisherigen vierwöchigen Wartezeit für den Erwerb eines Leistungsanspruchs gegen den Unternehmer;

der Fortfall des Karenztages;

Fortzahlung des Lohnes bei Kuren;

durch die Fortzahlung der Beiträge zur Sozialversicherung rentenverbessernde Auswirkung.

Wenn ein Arbeiter jetzt also infolge Krankheit arbeitsunfähig ist, hat er Anspruch auf seinen vollen Lohn für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit bis zur Dauer von 6 Wochen. Das bedeutet: für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit ist der Lohn weiterzuzahlen, den der Arbeiter erhalten hätte, wenn er nicht krank geworden wäre. Diese Lohnfortzahlung beginnt mit dem ersten Tag der Arbeitsunfähigkeit.

Zum weiterzuzahlenden Lohn gehören ferner die laufenden Lohnzulagen, die auf besonderen Bedingungen des Arbeitsverhältnisses beruhen.

Eine finanzielle Verbesserung ist erzielt worden durch den Anspruch auf volle Lohnfortzahlung auch bei Krankenhausaufenthalt. Nach dem Arbeiterkrankheitsgesetz wurde bisher im Falle des Krankenhausaufenthalts der Arbeitgeberzuschuss nicht nach dem niedrigeren Hausgeld, sondern nach dem höheren fiktiven Krankengeld errechnet, so daß volle Erstattung des Verdienstausfalles nicht erfolgte.

Das Lohnfortzahlungsgesetz enthält weiterhin eine ganze Reihe von Regelungen betreffs der Lohnfortzahlung in Fällen wie teilweiser Arbeitsunfähigkeit, Sportunfällen, Unfällen im Strassenverkehr, Verzögerung der Heilung, wiederholter Arbeitsunfähigkeit infolge derselben Krankheit, Anspruch auf Lohnfortzahlung bei mehreren Beschäftigungsverhältnissen, Ersatzansprüche gegen Dritte, Lohnfortzahlung bei Heimarbeitern und andere Regelungen. Ferner werden die rechtlichen Bestimmungen über die Anzeige- und Nachweispflichten, Kuren und Schonzeiten, Lohnfortzahlung bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses bei Arbeitsunfähigkeit usw. festgelegt.

Zweifellos ein Gesetz, das eine Reihe Vorteile für den Arbeiter enthält, auch wenn es nicht stimmt - wie die Gewerkschaften behaupten -, daß der Arbeiter nun mit dem Angestellten gleichgesetzt sei, da der Angestellte nicht wie die Arbeiter gleich für den 1. Tag seiner Krankheit eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung des Arztes beibringen muß und so zum Beispiel eine leichte Grippe in 1 oder 2 Tagen auskurieren kann, ohne den Arzt aufzusuchen und die dortigen langen Wartezeiten in Kauf nehmen zu müssen. Doch Papier ist geduldig. Wie sieht die Anwendung des neuen Gesetzes in der Praxis aus? Die Praxis ist, daß sich die Unternehmer einen Dreck um das neue Gesetz kümmern, d.h. daß sie dessen Bestimmungen umgehen, indem sie die kranken Arbeiter auf die Straße setzen. So wirkt sich das Lohnfortzahlungsgesetz in den Betrieben aus:

1. Es beginnt mit dem Fragebogen: In den meisten Betrieben müssen die Arbeiter bei der Einstellung Fragebö-

gen ausfüllen. Hier müssen häufig die gehabten Krankheiten angegeben werden. Trägt der Arbeiter also eine vergangene Herzkrankheit, ein Blasen- oder Nierenleiden ein - schon ist die Einstellung tabu.

2. Ist ein Arbeiter erst kürzere Zeit im Betrieb, erkrankt und legt der Arzt die voraussichtliche Krankheit auf 3-4 Wochen fest, so erhält der Arbeiter oft schon nach wenigen Tagen den "blauen Brief". Um in diesen Fällen nicht die 6 Wochen Lohn fortzahlen zu müssen, gibt der Unternehmer keinen Grund der Kündigung an. Er besetzt meistens den Arbeitsplatz nicht gleich mit einem neuen Arbeiter, so daß auch rechtlich dem Unternehmer nicht beizukommen ist.

3. Ist ein Arbeiter über 45 Jahre alt, also in dem Alter, wo er häufiger eine Kurt in Anspruch nimmt oder auch öfter krank sein könnte, wird er bei der ersten längeren Krankheit meistens - auch wenn er schon lange Jahre im Betrieb ist - entlassen.

4. Für die Arbeiterinnen wirkt sich das Lohnfortzahlungsgesetz von dieser Perspektive aus gesehen, besonders zum Nachteil aus. Da Frauenkrankheiten häufig 14 Tage oder 3 Wochen Arbeitsunfähigkeit überschreiten, sind sie es, die am häufigsten ihre Papiere bekommen.

Diese und ähnliche Fälle - die jeder Arbeiter aus eigener Praxis noch fortsetzen könnte - zeigen deutlich die Brutalität und Heuchelei der Unternehmer dem Arbeiter gegenüber. Sie beweisen wieder einmal mehr, daß alles Gerede von der "Sozialpartnerschaft" oder "Mitbestimmung" Faselei ist. Sie zeigen deutlich: der Klassenkampf verschärft sich. Wie rücksichtslos gegen die Arbeiter vorgegangen wird und mit welcher Frechheit die Unternehmer die Arbeiter einzuschüchtern versuchen, zeigt untenstehendes Rundschreiben:

W. P. SCHENK
elektrobau
6 FRANKFURT A. M. 55
LIMESCORSO 6 · NWZ
POSTFACH 550160
RUF 575037

---

14. Januar 1970

Rundschreiben zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

Der Jahresbeginn 1970 bescherte uns nicht nur einen neuen Kalender, sondern auch das Gesetz zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Das bedeutet, daß der Arbeitgeber 6 Wochen lang den vollen Lohn bei Krankheit weiterzahlen muß und nicht wie bisher, nur den kleinen Teil des Krankengeldausgleichs. Allen wird klar sein, daß diese Maßnahme eine erhebliche Mehrbelastung für den Betrieb darstellt und wir müssen deshalb bemüht sein, den Krankenstand so niedrig wie möglich zu halten.

Wir wissen, daß sich niemand eine ehrliche Erkrankung aussuchen kann und aussuchen wird. Ebenso klar ist aber auch, daß viele Monteure wegen mangelnder Arbeitsmoral über den Weg zum Arzt einen 2. und 3. Urlaub im Jahr genommen haben. Das geht nicht mehr! Von diesen Leuten müssen wir uns aus Kostengründen in Zukunft trennen.

Wir werden über jeden Krankheitsfall genau Buch führen und darauf achten, daß hier kein Mißbrauch getrieben wird. Wir sind der Meinung, daß man mit etwas gutem Willen und entsprechender Vorsicht in den meisten Fällen das "Krankschreiben" vermeiden kann. Die große Zahl der Monteure, die das Wort "krank machen"

nicht kennt, sind Beweis hierfür.

Sollte jemand ohne Arbeitsausfall über die Runden kommen (das wird sicher auch vom Glück abhängen), werden wir sein Weihnachtsgeld um DM 100,-- aufstocken.

Wir hoffen, daß diese Worte ein Echo finden und erwarten entsprechendes Verhalten.

Mit freundlichem Gruß

W.P. SCHENK - ELEKTROBAU

Konten:

Frankfurter Bank 11-03300-8
Frankfurter Volksbank 59613

Wem nützt also das Lohnfortzahlungsgesetz? Den Arbeitern im Augenblick nur wenig. Was beim Angestellten noch hingehen mag, sollte er krank werden, bürdet der Unternehmer seine Arbeit anderen auf oder sie bleibt einfach liegen, so daß er sie nach Gesundung aufarbeiten muß - ist bei dem Arbeiter nicht möglich. Steht die Maschine still, an der er gearbeitet hat, kann der Unternehmer keinen Kollegen mit deren zeitweiliger Mitbetreuung beauftragen, da dieser selbst voll ausgelastet ist. Die Produktion stoppt,und nichts bringt die Bosse mehr auf die Palme, als eine Schmälerung ihrer Profite. Deshalb die offene und versteckte Drohung gegenüber den Arbeitern: Wehe, ihr werdet krank! In den Arztpraxen klingeln seit Einführung des Lohnfortzahlungsgesetzes unablässig die Telefone. Unternehmer oder Personalleiter wollen wissen, woran der Arbeiter erkrankt sei, um danach ihre Dispositionen - Rausschmiss oder nicht - einzurichten.

Enderfolg: Viele Arbeiter, vor allem ältere Kollegen, die nicht so schnell einen Arbeitsplatz wiederfinden, verschleppen Krankheiten, was zur Folge hat, daß diese früher oder später umso heftiger ausbrechen und bestenfalls zu langwierigen Krankenhausaufenthalten, zur Frühinvalidität und schlimmstenfalls zum Tode führen. Dem Unternehmer ist das egal. Für ihn ist die Arbeitskraft eine Ware, die man möglichst günstig einkauft, und die man auf den Müll wirft, wenn sie nicht mehr ganz zu gebrauchen ist.

Die Arbeiterklasse Westdeutschlands sollte sich diese verschärfte Ausbeutung, dieses Schindludertreiben mit dem Leben und der Gesundheit zahlreicher Kolleginnen und Kollegen durch die Kapitalisten und Ihre Handlanger nicht länger gefallen lassen. Zeigen wir den Bossen, was die organisierte Kraft der Arbeiter vermag. Gemeinsam mit anderen marxistisch-leninistischen Gruppen Westdeutschlands oder wo dies nicht möglich ist, allein, werden die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten und die Roten Garden den 1. Mai wieder zum Kampftag der Arbeiterklasse machen, indem wir Kampfdemonstrationen gegen die Praxis des Lohnfortzahlungsgesetzes, Preissteigerungen, Mietwucher, Lohnabbau und verschärfte Ausbeutung in den Betrieben im Bundesgebiet und Westberlin organisieren und durchführen.

ZUR INFORMATION

"Am 22. März des Jahres fanden Kontaktgespräche von Vertretern des KAB(ML) und der KPD/ML statt. Bei den Gesprächen, die in einer offenen Atmosphäre geführt wurden, legten beide Seiten ihre Ansichten dar. Die Fortsetzung der Gespräche wurde vereinbart. Eine Aktionseinheit wurde ins Auge gefaßt."

Betr. Org.- Mitteilungen

Alle Grundeinheiten der KPD/ML, die nicht regelmässig die Org-Mitteilungen des ZK der Partei erhalten, bitten wir, sich an die Org-Abteilung der KPD/ML, 2 Hmb. 71, Postfach 464, zu wenden.

Die Stadtteilarbeit im Rahmen der gegenwärtigen Aufbau-Etappe der KPD/ML

Die Stadtteilarbeit - wie jede andere Parteiarbeit auf theoretischem und praktischem Gebiet - nicht im Rahmen definierter Etappenaufgaben zu sehen, würde weder zur Schaffung der bolschewistischen Partei des Proletariats beitragen noch der Initiierung und Orientierung der Massenbewegung selbt nützen. Es bliebe spontaneistische Selbstbefriedigung einer Minderheit, denn das Lernen aus Fehlern wäre beschränkt und die Verallgemeinerung der Erfahrungen unmöglich, da wesentliche Maßstäbe zur Beurteilung von "Erfolg" und "Mißerfolg" fehlten.

Wir wollen einen groben Überblick geben, welchen Stellenwert unsere Stadtteilarbeit im Rahmen der KPD/ML gegenwärtig einnimmt.

Die Kommunistische Partei Deutschlands/-Marxisten-Leninisten wurde ins Leben gerufen, als marxistisch-leninistische Gruppen und Genossen aus verschiedenen Städten und Gebieten Westdeutschlands und Westberlins übereingekommen waren, den Aufbau der bolschewistischen Partei, die Ausarbeitung einer politischen Linie, die Verbindung mit den Massen, die ideologische Festigung und die Ausbildung der theoretischen Fähigkeiten gemeinsam und fest voranzutreiben; sie schufen damit die Möglichkeit, die begrenzten Erfahrungen und die besonderen Arbeiten von einzelnen Gruppen zentral voranzutreiben. Das geschah vor etwas über einem Jahr, am 31. Dezember 1968.

Diese Genossen waren sich einig darüber, daß der Aufbau der proletarischen Partei eine Organisation erfordert, die im Kern bereits Strukturen aufbaut, die zur vollen Entwicklung der Organisationsprinzipien einer bolschewistischen Partei geeignet sind: ohne demokratischen Zentralismus und Disziplin ist weder die zielgerichtete theoretisch-analytische Arbeit und die Entwicklung der politischen Linie, noch die Verbindung mit den Massen und ihre Organisierung möglich, vom erfolgreichem Kampf ganz zu schweigen.

Aufbau in Phasen und Etappen

Das Grundkonzept des Parteiaufbaus wurde vom Genossen Ernst Aust, Mitglied des ZK, auf der Westberliner Vietnamdemonstration im Dezember folgendermaßen ausgedrückt:

"So ist der Aufbau der proletarischen Partei das fortlaufende Ergebnis zweier dialektisch verbundener Faktoren: des subjektiven Willens einer ständig wachsenden Minderheit, auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, voll und ganz dem Volke zu dienen und der objektiven Bedürfnisse und der Handlungen eben dieser breiten Massen selbst."

Innerhalb dieses Konzepts wurden verschiedene Phasen definiert. Das Zentralorgan der KPD/ML schreibt dazu: "Im Prozeß der Schaffung der Partei können wir zwei Phasen unterscheiden: 1. Phase des Gewinns der Avantgarde des Proletariats für den Kommunismus, der Sammlung der Avantgarde um ein auf wissenschaftlicher Analyse beruhendes Programm und die ihm dienenden Grundzüge der Strategie und Taktik, und 2. die Phase der politischen Aktion der von der Partei geführten Millionenmassen. Von einer bolschewistischen Partei im eigentlichen Sinne kann man erst sprechen, wenn sie die zweite Phase erfolgreich meistert, wenn sie von den Massen als Führerin anerkannt wird."

Wir befinden uns noch am Beginn der ersten Phase. Die Etappe unmittelbar nach der Parteigründung bestand hauptsächlich darin, auf der ideologischen Grundlage mit Propaganda und Agitation unter den Massen zu beginnen, den Kampf gegen "links"- und rechtsopportunisti-

sche Strömungen in und außerhalb der Partei weiterzuführen, die Parteimitglieder selbst und die gewonnenen Mitarbeiter weiter zu schulen, den organisatorischen Aufbau der Partei und der Jugendorganisation ROTE GARDE voranzutreiben.

Hauptseite Theorie

Die gegenwärtige Etappe, in deren Rahmen auch unsere westberliner Stadtteilarbeit gesehen werden muß, ist durch ein bestimmtes Theorie-Praxis-Verhältnis konstituiert. Dazu schreibt der ROTE MORGEN in seiner Januar/Februar-Ausgabe: "Oben wurde festgestellt, daß wir uns in der Phase der Gewinnung der Avantgarde des Proletariats für den Kommunismus befinden. Es ist sicher richtig, daß wir diese Aufgabe nicht durch theoretische Arbeit erfüllen, sondern durch breit angelegte Propaganda und auch Agitation, zweifellos praktische Betätigungen. Die jetzige Etappe ist jedoch dadurch gekennzeichnet, daß ungeklärte theoretische Fragen das Haupthindernis zur erfolgreichen Ausweitung unserer Propaganda darstellen. So wie die Praxis immer der Theorie vorangeht, haben auch wir mutig mit Propaganda und Agitation begonnen, uns an die Losung haltend: "Das Kriegführen durch den Krieg selbst erlernen - das ist unsere Hauptmethode". Wir mußten dabei lernen, daß eine Unmenge von Fragen aufgeworfen wurden, auf die wir keine befriedigenden Antworten geben konnten, weil diese nur hätten das Ergebnis wissenschaftlicher Analysen sein können, die wir noch nicht geleistet hatten. Es handelt sich bei diesen Fragen keineswegs um Randprobleme, sondern hauptsächlich um Grundfragen der Bewegung, solche wie nach dem Verhältnis der verschiedenen Klassen zueinander, den Auswirkungen der fortschreitenden imperialistischen Entwicklung auf die Lage dieser Klassen, Fragen nach unserer Stellung zur nationalen Frage in Deutschland und Europa etc. Die Praxis selbst ist es also, die der Theorie in der jetzigen Etappe ihre besondere Bedeutung verleiht, die Praxis selbst ist es, die in dem Widerspruch zwischen Theorie und Praxis die Theorie zur hauptsächlichen Seite werden läßt. Die Betonung der großen Bedeutung der Praxis darf uns nicht davon abhalten, diese Praxis auch auszuwerten, zu verallgemeinern und die sich stellenden theoretischen Fragen zu lösen.

Die Tatsache, daß die theoretischen Aufgaben für uns momentan die dringlichsten sind, bedeutet also keinesfalls eine Aussetzung der Praxis; wo für arbeiten wir denn theoretisch, wenn nicht um den Weg der Praxis zu beleuchten. Die Theorie muß unter korrekter Einbeziehung unserer Situation entwickelt und auf ein höheres Niveau gebracht werden, so daß unsere Praxis theoretisch eine Stütze erhält und gleichfalls auf ein höheres Niveau gebracht werden kann.

Davon ausgehend, daß es das Ziel der gesamten ersten Phase ist, an deren Beginn wir jetzt stehen, die Avantgarde des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen, ist es unmöglich, daß die dafür jederzeit notwendige Propaganda, die in der ersten Phase die Hauptform der Praxis darstellt, auch nur einen Augenblick lang aufgegeben wird. Auf allen Gebieten, auf denen wir das bereits können, müssen wir selbstverständlich unaufhörlich den Marxismus-Leninismus propagieren und uns kämpferisch mit allen dem Marxismus fremden und feindlichen Ideologien auseinandersetzen. Wir müssen bestrebt sein, überall eine revolutionäre öffentliche Meinung zu schaffen, und hauptsächlich in der ideologischen Sphäre arbeiten. Auch müssen wir überall entschieden für die Interessen der Massen eintreten ... Je besser wir diese praktischen Aufgaben erfüllen, desto leichter wird es uns fallen, die Avantgarde des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen."

Für die theoretisch-analytische Arbeit wurden zentrale Kommissionen zu Themen wie "Politökonomische Tendenzen Westdeutschlands", "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", "Entwicklung der DDR", "Analyse der Gewerkschaften" gebildet.

Zusammenhang unserer Arbeit mit den derzeitigen Aufgaben der KPD/ML

Bei der Stadtteilarbeit im Berliner Arbeiterviertel Kreuzberg gingen wir von

einem Grundkonzept aus, das Voruntersuchung, Propaganda des Marxismus-Leninismus, Agitation an konkreten Problemen der Massen, Gewinnung und Organisierung der ersten Avantgarde des Proletariats, Aktion, Untersuchung und Klassenanalyse in ihrer verschiedenen Gewichtung in einzelnen Etappen verbindet. Dieses Konzept entwickelt und modifiziert sich im Verlaufe der Arbeit und unserer eigenen Schulung. Es wird in einem der nächsten ROTEN MORGEN veröffentlicht.

Hier soll nur ein Bericht gegeben, vorher jedoch kurz die Verbindung unserer besonderen Tätigkeit mit den Aufgaben der gesamten Partei angedeutet werden.

1. Unsere Arbeit unter den Massen in Kreuzberg ist eine der verschiedenen praktischen Tätigkeiten, welche auch in dieser Etappe ausgeübt werden, in der das Hauptgewicht auf der theoretischen Arbeit liegt. Aus dieser Arbeit resultieren theoretische Fragen, die sich teils aus unserer Arbeitsweise, teils aus dem Kontakt mit den Massen ergeben. Diese Fragestellungen gehen in die Arbeit der Kommissionen ein. Durch die von uns geleitete Propaganda und Agitation besteht die Möglichkeit, auch für Genossen, die sich hauptsächlich mittheoretischer Arbeit beschäftigen, die Verbindung mit den Massen immer wieder konkret zu realisieren. Geführt von der Partei formen wir im politischen Kontakt mit den Massen unsere Weltanschauung um.

2. Das Stadtteilkomitee sowie Genossen und Gruppen, die mit uns in dieser Frage zusammenarbeiten, leisten analytische Arbeit im Zusammenhang mit der besonderen Art der Unterdrückung der Massen am jeweiligen Ort (hier z.B. Gesundheitswesen, Sanierung), welche nicht nur für unsere Agitation wichtig sind, sondern gleichzeitig als Material für die allgemeine Analyse der gegenwärtigen politökonomischen Tendenzen dienen können.

3. Die objektiven und subjektiven Daten der Klassenanalyse einzelner Stadtteile (und Betriebe) sind eine der Voraussetzungen zur allgemeinen Klassenanalyse Westdeutschlands und Westberlins.

4. Es wäre in der gegenwärtigen Etappe falsch, zu versuchen, in allen Betrieben und Gebieten zu arbeiten, sondern wir müssen an einzelnen Orten - gemäß den vorhandenen Kräften - typische Erfahrungen in Betriebs- und Stadtteilarbeit machen. Es kommt jetzt nicht darauf an, überall "irgendwie" anwesend zu sein, sondern geplant und reflektiert in einigen verschiedenen Betrieben und Wohngebieten Westdeutschlands und Westberlins die Propaganda und Agitation an Problemen der Massen, typische Konflikte, die Organisierung der aktivsten und fortschrittlichsten Kräfte der Massen, den Parteiaufbau im Proletariat und - wo möglich - erste Widerstandsaktionen und Kämpfe zu entfalten. Die überdachten Erfahrungen dieser (notwendigerweise mit vorläufigen Konzepten vorangetriebenen) Arbeit bilden e i n Element des notwendigen Materials zur Ausarbeitung einer politischen Linie, einer Strategie und Taktik zur späteren Gewinnung und Organisierung der Avantgarde des Proletariats auf breiter Basis, der "Führung der Millionenmassen" im Kampf für die Diktatur des Proletariats. Ein anderes Element für die Ausarbeitung des Programms stellt die gleichzeitig vorangetriebene allgemeine Klassenanalyse dar.

5. Aus dem organisierten bewußtesten Teil der Massen, besonders des Proletariats, welcher durch derartige Arbeit in bestimmten begrenzten Bereichen aktiviert wurde, rekrutieren sich weitere Parteimitglieder und Parteizellen, die Avantgarde des Proletariats wird zunächst an einzelnen Orten verstärkt gewonnen, die Partei wird tief unter den Massen verwurzelt.

Unser Vorgehen

Das Stadtteilkomitee der KPD/ML Westberlin konstituierte sich im November vergangenen Jahres. Die Auswahl des Gebiets erfolgte nach verschiedenen Kriterien wie Klassenzusammensetzung (bs. Arbeiteranteil), Vorhanden-sein eines relativ starken Gefühls des Widerspruchs zur Bourgeoisie und ihren Maßnahmen in den Massen, Vergleichbarkeit mit anderen Arbeitervierteln etc.

Die dann folgende Voruntersuchung stützten wir auf statistische Daten, auf Erfahrungsberichte von Genossen und Ermittlungsgespräche mit Vertretern verschiedener Schichten. Sie ergab u.a.: Kreuzberg ist ein altes Berliner Arbeiterviertel bereits seit der

Gründerzeit; kommunistische Vergangenheit und Kampferfahrungen besonders in den zwanziger Jahren. Das Gebiet ist relativ typisch für eine Reihe ähnlicher Arbeiterviertel: hoher Arbeiteranteil, gute, weitverzweigte Kommunikation; relativ niedrige Mieten, proletarischer "Gesamtcharakter" durch die auf engstem Raum zusammengedrängten Arbeitermassen. Des weiteren: drohender Abriß infolge von Sanierung (von dieser Sanierung sind 16.000 Menschen in 3.500 Wohnungen betroffen); geplante Schließung eines Krankenhauses als Beispiel für Anschläge der Bourgeoisie auf dem Versorgungssektor.

Erster Eingriff: Propaganda, Agitation

"Um eine politische Macht zu stürzen, ist es immer notwendig, vor allem die öffentliche Meinung zu schaffen und in der ideologischen Sphäre zu arbeiten. Das gilt für die revolutionäre Klasse genauso wie für die konterrevolutionäre." (Mao Tsetung)

Auch in Kreuzberg begann unser Eingreifen mit der Propaganda. Von den konkreten Wünschen und Bedürfnissen der breiten Massen nach guten, gesunden Wohnungen und ausreichender Gesundheitsversorgung ausgehend, wurden Kapitalismus und Revisionismus kritisiert, die Notwendigkeit der proletarischen Revolution und der Weg zur kollektiven Lösung der drückenden Probleme unter der Diktatur des Proletariats propagiert, die proletarische Weltanschauung des Gemeinsinns, der Selbstlosigkeit, der gegenseitigen Hilfe und des Kampfes verbreitet sowie konkrete Nahziele des Kampfes und des Widerstandes aufgezeigt. In jedem Flugblatt wurde der Kritik am Bestehenden (und dem Aufzeigen der Hintergründe) die Alternative (im Sozialismus) entgegengesetzt und mit unmittelbaren Forderungen verbunden.

Zunächst griffen wir die der Voruntersuchung entnommenen gemeinsamen Probleme des Proletariats und anderer werktätiger Schichten des Volkes auf. Dazu bildeten wir einen im Lauf der Zeit wachsenden Propagandatrupp mit Transparent, Megaphon, roten Fahnen und Bücher-Bauchladen, der regelmässig (jeden Samstag vormittag) den ganzen Winter hindurch an bestimmten belebten Punkten Flugblätter verteilte. Es wurden Arbeiterlieder gesungen und kurze Ansprachen gehalten. Bei der Propaganda achteten wir auf die Reaktion der Massen und nahmen Gespräche auf. Wir reflektierten die zustimmenden, gleichgültigen oder ablehnenden Antworten der verschiedenen Schichten und Altersgruppen auf den kommunistischen Inhalt von Flugblättern, Parolen und Reden; wir erfuhren genauer die Stimmung der Massen zu den aufgegriffenen Problemen und ihr Bewußtsein; wir stellten fest, wieweit unsere Forderungen mit den Wünschen und Bedürfnissen des Proletariats und anderer Volksschichten übereinstimmten und welche politischen Argumente gebracht werden. Mit den bewußtesten Arbeitern und Werktätigen, welche auch eine gewisse Bereitschaft zur Aktivität ausdrückten, versuchten wir dauerhaften Kontakt herzustellen.

Die Bethanienkampagne

Die Schließung des Bethanienkrankenhauses ist als Angriff der Bourgeoisie auf das Volk ein vermittelter Ausdruck des Grundwiderspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital auf dem Sektor der Reproduktion der Arbeitskraft. Sie steht als Stillegung einer fast symbolischen Versorgungseinrichtung exemplarisch für die geplante Sanierung des Gebiets, für die schrittweise Verdrängung der Arbeiter an den Stadtrand. Stärker als bei der Sanierung wird dieser Angriff auf die kollektiven Interessen des Volkes auch akut als solcher erkannt und stößt, verschärft durch die katastrophale Lage der Gesundheitsversorgung in den Arbeitervierteln allgemein und die hohe Zahl der Krankheitsfälle im Winter auf einhellige Empörung unter den Massen.

Nach eingehender Untersuchung über die Lage im Krankenhaus und nach Analyse der konkreten Interessenlage innerhalb der Bourgeoisie (Kirche, Bauspekulanten, Senat usw.) beschlossen wir, den Fall als erstes Kampfziel unter der Losung "Hände weg von Bethanien!" gegen die zum März d.J. geplante Schließung des Krankenhauses durchzuführen. Wir bereiteten eine Versammlung vor. Das nächste Flugblatt bezog sich vor allem auf Bethanien und das Gesundheitswesen, während das unmittelbar zur Versammlung einladende Flugblatt

die verschiedenen Probleme der Werktätigen (mangelnde Krankenversorgung, Wohnungselend und steigende Lebenshaltungskosten) kurz streifte, um sich hauptsächlich auf das Thema "Organisierung und Kampf für die Diktatur des Proletariats" zu konzentrieren. Diese beiden Flugblätter erschienen in einer Auflage von fast 30.000 Stück und wurden zusätzlich zur Strassenagitation in allen Hausbriefkästen des Gebiets verteilt.

An der Versammlung waren etwa 50 Arbeiter erschienen. Das ist nicht wenig, wenn man bedenkt, daß es die erste Versammlung dieser Art war und unsere Propaganda mit roten Fahnen, der "Internationalen" und Aufklebern mit Hammer und Sichel sich konsequent an die Fortschrittlichsten der Massen wandte. Neben den von Sanierung und Bethanien ausgehenden Reden wurde in einem längeren politischen Referat die grundsätzliche Position der KPD/ML zum westdeutschen Kapitalismus, zum Revisionismus (einschließlich dem der DDR), zum US- und Sozialimperialismus, zur kommunistischen Weltbewegung, zur Notwendigkeit der Organisation usw. dargelegt. Der Stellenwert der Versammlung ist einmal im Rahmen der Organisierung und Aktivierung des fortschrittlichsten Teils der Massen zu sehen und zum anderen in der "Schaffung einer öffentlichen Meinung", denn es ist ganz klar, daß allein die Tatsache einer kommunistischen Versammlung die Gespräche auch derjenigen beeinflußt, die nicht dabeigewesen sind, und das allgemeine Bewußtsein hebt.

Die Versammlung sprach sich einmütig für einen Protestmarsch auf das Kreuzberger Rathaus aus. Der Zug war vierfach gegliedert: 1. Arbeiter, 2. Krankenschwestern, Mediziner, 3. Architekten und Architekturstudenten, 4. Rote Garde - er brachte die führende Rolle der Arbeiterklasse und die dienende Rolle der Studenten und Intellektzellen klar zum Ausdruck. Diese Demonstration war der Höhepunkt und der vorläufige Abschluß der Kampagne.

Organisation

"Überall teilen sich die Massen in der Regel in drei Gruppen: die relativ Aktiven, die eine Mittelstellung Einnehmenden und die relativ Rückständigen. Deshalb müssen die leitenden Genossen es verstehen, die kleine Anzahl Aktivisten um die Führung zusammenzuschließen und, auf sie gestützt, die Aktivität der mittleren Gruppe zu heben und die rückständigen Menschen zu gewissen." - Mao Tsetung

Es ist unsere Aufgabe, die bewußtesten Arbeiter und Werktätigen, die im Verlauf der Propaganda und der Aktionen zu uns stoßen, in Arbeitergruppen zu organisieren, sie zu schulen, mit ihnen gemeinsam die weitere Praxis zu planen und durchzuführen und ihnen mehr und mehr die Stadtteilarbeit in ihrer Komplexität unter Führung der Partei zu übertragen, langfristig die aus ihnen hervorgehenden Kommunisten, die proletarischen Kader in einer oder mehreren Wohngebietszellen zu organisieren und den Zusammenhang mit Betriebsarbeit konkret herzustellen.

Die "Arbeitergruppe Kreuzberg", die sich kurz nach der Versammlung gebildet hat, ist bereits ein erster revolutionärer proletarischer Kern in Kreuzberg, wenngleich noch in der allerersten Phase, in der eine starke Fluktuation zu erwarten und in gewissem Sinne zu begrüssen ist: Wir dürfen nicht vergessen, daß "eine wirklich fest zusammengeschlossene und mit den Massen verbundene führende Gruppe sich nur im Kampf der Massen, nicht losgelöst von ihm, nach und nach herausbilden (kann)" (Mao Tsetung). Um aber nicht blind von Aktion zu Aktion zu stürzen, ist es notwendig, genaueste Untersuchungen vorzunehmen und die gewonnenen Kräfte zu konsolidieren, um die gesamte Arbeit auf eine jeweils höhere Stufe zu heben.

Die nächste Etappe: Hauptgewicht Untersuchungen

"Bei jeder Massenbewegung muß man grundlegend untersuchen und analysieren, wieviel dagegen sind und wieviel eine neutrale Haltung einnehmen, und man darf nicht ohne Unterlagen, subjektive Fragen entscheiden." - Mao Tsetung.
Schon die Propagandaarbeit und die Organisierung der ersten Gruppe der bewußtesten und aktivsten Proletarier und

unteren Werktätigen gibt Hinweise über das Bewußtsein der einzelnen Schichten. Dann aber muß - gestützt auf die schon Organisierten - eine intensive Untersuchungsarbeit betrieben werden. Denn:

"Die einzige Methode, die Lage kennenzulernen, ist die Sozialforschung, die Untersuchung der Lage der einzelnen Gesellschaftsklassen im realen Leben. Für jene, die mit der Arbeit betraut sind, besteht die fundamentalste Methode zur Erkenntnis der Verhältnisse darin, sich planmässig einige Städte und Dörfer vorzunehmen und vom grundlegenden Gesichtspunkt des Marxismus aus, d.h. mit der Methode der Klassenanalyse, eine Reihe gründlicher Untersuchungen anzustellen." Entsprechend werden weitere erreichbare statistische Materialien ausgewertet, systematisch einige Straßen und Häuserblocks vorgenommen, um die "Lage der einzelnen Gesellschaftsklassen" im Gebiet, aber auch - und vor allem - deren Stellung zu unserem Eingreifen, zur laufenden Kampagne (zum konkreten Problem), zur sozialistischen Revolution, zur Partei usw. kennenzulernen und zu analysieren. "Davon ausgehend", sagt Mao Tsetung, "müssen die weitere "Kampftaktik und die Arbeitsmethoden" festgelegt werden. Gleichzeitig vertiefen die Untersuchungsgespräche in den einzelnen Wohnungen die Propaganda und die Organisierung.

Zur Mitarbeit von Studenten

Studentische Genossen, welche unsere ideologische Grundlage teilen, stellten sich in dieser Sache unter die Führung der KPD/ML in den Dienst des Volkes und nahmen an der Strassenagitation teil. In Propagandistenversammlungen wird die Praxis überdacht, werden die Erfahrungen gesammelt, unsere Pläne vorgestellt und besprochen, allgemeine Fragen der ideologischen und politischen Position der Partei dargelegt und diskutiert. Diejenigen, welche sich zur festen Mitarbeit an der KPD/ML entschließen, werden in festen Gruppen organisiert, in denen das Grundschulungsprogramm der Partei in Verbindung mit der Propaganda- und Untersuchungstätigkeit oder der analytischen Arbeit in Kommissionen studiert wird.

Darüber hinaus wurde eine Zusammenarbeit mit linken Gruppen, deren Arbeit mit den Problemen der Massen im Stadtteil in Zusammenhang steht, eingeleitet (Mediziner, Architekten, Krankenschwestern, Schularbeitszirkel) und soll auf weitere "Fächer" ausgedehnt werden (z.B. Juristen).

Reden des Stadtteilkomitees auf einer Versammlung der KPD/ML

1. Politische und ökonomische Hintergründe der "Sanierung„

Der Senat will das Bethanien-Krankenhaus schließen lassen. Vielleicht ist er der Meinung, daß es in Berlin zu viel Krankenhäuser gibt. Von überfüllten Krankensälen und Betten, die auf den Fluren stehen, scheint er noch nichts gehört zu haben.

Vielleicht glaubt er, die Krankenschwestern stehen gelangweilt auf den Fluren herum oder machen mit den Ärzten Kissenschlachten. Wer weiß.

Während der Grippeepidemie in den vergangenen Wochen ist das Berliner Gesundheitswesen praktisch zusammengebrochen. Die Todeszahlen sind sprunghaft gestiegen. Allein im Urban-Krankenhaus starben in den Weihnachtstagen über hundert Menschen, von denen ein großer Teil hätte gerettet werden können, gäbe es nur genügend Pflegepersonal und Krankenbetten.

Die Presseverlautbarungen des Senats lauten: "Die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ist gesichert."

Der Senat scheint auch keine Wohnungsnot zu kennen. Vielleicht glaubt er, daß die 16.000 Wohnungen, die er allein hier in Kreuzberg abreißen lassen will, leer stehen. Ein Blick in die letzte Berliner Statistik zeigt, daß es über 100.000 Wohnungssuchende in Berlin gibt, die keine eigene Wohnung haben und weitere 150.000, die eine bessere Wohnung suchen.

Wie sieht es also mit der sog. Stadterneuerung aus? Was steckt hinter dem Abriß von mehr als 50.000 billigen Wohnungen in den nächsten Jahren?

Bausenator Schwedler preist sie in einem

Reklameheftchen als "Gemeinschaftsaufgabe" an, er bittet um "gutwillige Mitarbeit aller Beteiligten" und hofft auf das "Verständnis aller" für diese "Arbeit zum Wohle aller Bürger". Wie sieht dieses "Wohl aller Bürger" aus? Wen meint er mit "allen Bürgern"?

Sehen wir uns die Schriften des Senats etwas genauer an, dann stellen wir fest, daß er immer dann, wenn er von der "Mitwirkung aller Betroffenen" und von "verständnisvoller Zusammenarbeit" spricht, nur eine ganz bestimmte Gruppe von Leuten meint.

Ich zitiere Bausenator Schwedler: "Wir haben daher schon vor längerer Zeit den Vertretern des Haus- und Grundbesitzes die Sanierungsgebiete bekannt gegeben und sind weiter mit dem Verband im Gespräch. Auch die Vertreter der Industrie, des Handels und des Handwerks sind unsere Gesprächspartner. Ich hoffe, daß sich dieser rege Gedankenaustausch immer mehr zu einer ständigen guten Zusammenarbeit vertiefen wird. Unsere Partner haben ihre Bereitschaft dazu erklärt."

Wir kommen der Sache schon etwas näher. Die Zusammenarbeit mit "allen Bürgern" entpuppt sich als Zusammenarbeit des Staates mit den Haus- und Grundbesitzern, mit der Industrie und dem Handel, also mit den verschiedenen Gruppen der Kapitalistenklasse, die ein Profitinteresse an der "Stadterneuerung" haben.

Es ist ein uralter Trick, immer dann, wenn man die eigenen schmutzigen Profitinteressen meint, von "Allgemeinwohl" und "Interesse aller Bürger" zu schwätzen.

Die Springer-BZ vom 24. Januar berichtet unter der Überschrift "Und das bei dieser Wohnungsnot" von einer Hausbesitzerin in Tiergarten, die ein 4-stökkiges Mietshaus verfallen läßt, weil sie offensichtlich das Hausgrundstück für profitablere Zwecke nutzen will. "Immer mehr Hausbewohner ergreifen vor den unzumutbaren Wohnverhältnissen die Flucht" heißt es in der BZ. Und weiter: "Das vernachlässigte Mietshaus ist keineswegs baufällig. Es könnte noch lange genutzt werden. Nur Instandsetzungsarbeiten sind notwendig." Die BZ zieht das Fazit: "In einer Zeit großen Wohnungsmangels wird hier ein Haus mutwillig dem Verfall ausgesetzt, ohne daß die Behörden dagegen einschreiten können." Die BZ, die sich hier scheinheilig als Vertreterin der Interessen der Mieter aufspielt, beklagt sich, daß die Behörden nichts gegen die Hausbesitzerin unternehmen. Wie sollten sie denn? Die Gesetze lassen ja einen Eingriff in das heilige Privateigentum nicht zu. Und diese Gesetze sind nicht vom Himmel gefallen. Auch die BZ weiß, daß dieser Staat vom den Banken und Konzernen und von den Haus- und Grundbesitzern regiert wird, und daß diese Leute auch die Gesetze machen, die sie brauchen.

Wer war denn der erste Wohnungsminister der Bundesrepublik? Es war der heutige Präsident des Zentralverbandes der deutschen Haus- und Grundeigentümer, Dr. Preusker von der CDU. Und die Gesetze waren dementsprechend.

Auch die SPD wird daran nichts ändern. Das zeigt die Zustimmung zur Einführung des Weißen Kreises. Und das zeigt ebenfalls das neue Städtebauförderungsgesetz, in dem von Maßnahmen zur Verhinderung der Bodenspekulation nichts zu finden ist. Im Gegenteil. Die BZ jammert heuchlerisch nach dem Eingreifen gerade des Staates, der selbst, und zwar im Riesenmaßstab nicht ein oder zwei Häuser, sondern ganze Stadtteile mit rund 56.000 Arbeiterwohnungen zunächst verfallen läßt, bevor er sie schrittweise in den nächsten Jahren zum Abriß freigibt und damit der Grundstückspekulation Tür und Tor öffnet.

Und das ist nur der Anfang. SPD-Schwedler träumt von etwa 250.000 "abbruchreifen" Wohnungen. "Und das bei dieser Wohnungsnot", wie es in der BZ-Überschrift heißt.

Wer steht dahinter?

1. Die Grundstückspreise in der Innenstadt steigen ständig. Deshalb sollen die zentral gelegenen Arbeiterviertel abgerissen und durch Geschäftshäuser und teuere Wohnungen ersetzt werden, die den Grundstücksspekulanten höhere Profite bringen.

2. Durch den staatlich geplanten und subventionierten Abriß und Wiederaufbau ganzer Stadtteile soll die private Bauindustrie und die damit zusammenhängende übrige Industrie am Laufen gehalten werden.

3. Westberlin soll ab "Schaufenster des freien Westens", d.h. als Las Vegas der westdeutschen Kapitalisten und als politischer Brückenkopf weiter ausgebaut bzw. am Leben gehalten werden.

Zu Punkt 1), Bauspekulation:

Der Abriß von innerstädtischen Arbeitervierteln ist in der Geschichte des Kapitalismus nichts Neues. Lesen wir nach, was Friedrich Engels, der große Vorkämpfer der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung schon 1872 in seiner Schrift "Zur Wohnungsfrage" gesagt hat: "Die Ausdehnung der modernen großen Städte gibt in gewissen, besonders in den zentral gelegenen Strichen derselben dem Grund und Boden einen künstlichen, oft kolossal steigenden Wert; die darauf errichteten Gebäude, statt diesen Wert zu erhöhen, drücken ihn vielmehr herab, weil sie den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen; man reißt sie nieder und ersetzt sie durch andere. Dies geschieht vor allem mit zentral gelegenen Arbeiterwohnungen, deren Miete, selbst bei der größten Überfüllung, nie oder doch nur äußerst langsam über ein gewisses Maximum herausgehen kann. Man reißt sie nieder und baut Läden, Warenlager, öffentliche Gebäude an ihrer Stelle. ...

Das Resultat ist, daß die Arbeiter vom Mittelpunkt der Städte an den Umkreis gedrängt, daß Arbeiter- und überhaupt kleinere Wohnungen selten und teuer werden und oft gar nicht zu haben sind; denn unter diesen Verhältnissen wird die Bauindustrie, der teuere Wohnungen ein weit besseres Spekulationsfeld bieten, immer nur ausnahmsweise Arbeiterwohnungen bauen."

Soweit Engels 1872. Trifft diese Untersuchung auch auf die heutigen Berliner Verhältnisse zu? Ich glaube ja.

Die Berliner Arbeiterviertel, die im 19. Jahrhundert, am Rande der damaligen Stadt entstanden sind, sind im Zuge der weiteren Industrialisierung und der Entwicklung Berlins zu einer Weltstadt zu innerstädtischen Gebieten geworden.

Die Grundstückspreise in den Arbeitervierteln sind in den letzten Jahren in den Sanierungsgebieten auf über das 3-fache gestiegen, in den sogenannten "citynahen Randgebieten" auf über das Doppelte. Die Arbeiter sollen aus diesen Gebieten vertrieben, die Arbeiterwohnungen abgerissen werden. Statt dessen plant man Geschäftshäuser, Banken, Hotels und Wohnungen für die "besseren Leute", die höhere Mieten zahlen können. Das Volk von Kreuzberg soll in Stadtgebiete verdrängt werden, wo für eine 3-Zimmer-Wohnung 300 Mark Miete zu zahlen sind. Für die Randerscheinungen der Sanierung werden Obdachlosenasyle zu sogenannten "Sozialzentren" ausgebaut.

Zu dieser Vertreibung der Arbeiterschaft aus der Innenstadt heißt es im ersten Bericht des Senats über die Stadterneuerung kurz und trocken: "Die soziale Struktur der Bevölkerung der Sanierungsgebiete ist zu verbessern.

Zu Punkt 2), der Ankurbelung der Bauindustrie:

Die Westberliner Wirtschaft stagniert. Industriebetriebe wandern ständig ab. (Riedel de Haen, Pintsch Bamag, Generatorenbau der AEG-Turbine, die AEG-Kraftwerksabteilung, außerdem Forschungsabteilungen verschiedener grosser Firmen, von AEG und Siemens, Klöckner und Humboldt und Deutsche Industriewerke etc.)

Die Exportindustrie ist wegen der Insellage, der politischen Unsicherheit und der umständlichen Verkehrsverbindungen immer weniger geneigt, in Berlin zu investieren. Deshalb versucht der Senat verstärkt, Bauindustrie und Spekulanten mit hohen Steuerabschreibungen und Profitversprechen nach Berlin zu locken.

Deshalb werden die Kahlschlagprogramme jetzt beschleunigt vorangetrieben. Um Bauindustrie, Baunebengewerbe, Möbelindustrie, Einrichtungsindustrie und die gesamte damit zusammenhängende übrige Industrie am Laufen zu halten, soll den Baggern ein Stadtteil nach dem andern zum Fraß vorgeworfen werden.

Und das alles mit der scheinheiligen Begründung, man müsse für Arbeitsplätze sorgen, die Arbeiter beschäftigen.

Für die Zerstörung Tausender von Wohnungen, für den Bau eines riesigen Autobahnnetzes, das in diesem Umfang überhaupt nicht notwendig ist, wird systematisch Arbeitskraft vergeudet, die sinnvoller und im Interesse der arbeitenden Bevölkerung eingesetzt werden könnte.

In dieser Gesellschaft bewegt sich nur dann ein Stein auf den andern, wenn irgendein reicher Fettsack damit Profit macht. Im Kapitalismus werden nur dann Wohnungen gebaut, wenn es sich für die Bauspekulanten und die Bauunternehmer lohnt. Es lohnt sich aber nur dann, wenn große Nachfrage nach Wohnungen besteht, wenn Wohnungsnot herrscht und die Mieten dementsprechend hoch sind.

Deshalb ist der Staat gezwungen, den Wohnungsmangel aufrechtzuerhalten, damit die Mieten hoch bleiben. Deshalb werden nur dann neue Wohnungen gebaut, wenn gleichzeitig andere Wohnungen abgerissen werden.

Deshalb subventioniert der Staat den Abriß der billigen Arbeiterwohnungen und übernimmt die Abrißkosten.

Zu Punkt 3), Westberlin, Las Vegas der westdeutschen Kapitalisten:

Was heißt das?

Der Senat ist um Berlins "Attraktivität" besorgt. Im letzten Jahr versuchte er's mit dem Sylvestival. Die Einrichtung einer internationalen Spielbank ist im Gespräch.

Mit Hilfe des Stadterneuerungsprogramms soll die Berliner City als Rummelplatz für die westdeutschen Kapitalisten weiter ausgebaut werden.

Offensichtlich sieht der Senat darin die einzige Überlebensschance für Westberlin. Die Berliner Innenstadt eine Reeperbahn erster Klasse: Hotels, Banken, Luxusapartements, extravagante Geschäfte, Bars, Striplokale, teure Restaurants usw. ...

Kongreßzentrum, Museumsinsel und dazu für die Berlin-Besucher eine Fahrt mit der Geisterbahn an der Mauer entlang, weils so schön gruslig ist. So etwa sieht die Berlin-Werbung und die Berliner Wirklichkeit aus.

Die Arbeiterschaft wird zur Belohnung dafür, daß sie den Kapitalisten diese Vergnügungsviertel einrichtet, an den Stadtrand gedrängt, wo sie im "sozialen" Wohnungsbau für den qm Wohnfläche 3,30 DM bezahlen darf.

Das, was Friedrich Engels 1891 über die kapitalistische Gesellschaft schrieb, ist heute so richtig wie damals:

"Auf der einen Seite unermeßliche Reichtümer und einen Überfluß von Produkten, den die Abnehmer nicht bewältigen können. Auf der andern Seite die große Masse der Gesellschaft proletarisiert, in Lohnarbeiter verwandelt und eben dadurch unfähig gemacht, jenen Überfluß von Produkten sich anzueignen. Die Spaltung der Gesellschaft in eine kleine übermässig reiche, und eine große, besitzlose Lohnarbeiterklasse bewirkt, daß diese Gesellschaft in ihrem eigenen Überfluß erstickt, während die große Mehrzahl ihrer Glieder kaum, oder nicht einmal, vor dem äußersten Mangel geschützt ist. Dieser Zustand wird mit jedem Tag widersinniger und unnötiger. Er muß beseitigt werden, er kann beseitigt werden. Eine neue Gesellschaft ist möglich, worin die heutigen Klassenunterschiede verschwunden sind, und wo durch planmässige Ausnutzung und Weiterbildung der schon vorhandenen ungeheuren Produktivkräfte aller Gesellschaftsmitglieder, bei gleicher Arbeitspflicht, auch die Mittel zum Leben, zum Lebensgenuß, zur Ausbildung und Betätigung aller körperlichen und geistigen Fähigkeiten, gleichmässig und in stets wachsender Fülle zur Verfügung stehen."

Für dieses Ziel müssen wir kämpfen. Erst wenn das deutsche Volk unter Führung der Arbeiterklasse in ganz Deutschland über die Schmarotzer und Ausbeuter die proletarische Diktatur errichtet hat, werden alle Probleme, sei es das Berlin-Problem, sei es die Wohnungsnot, gründlich und im Interesse des arbeitenden Volkes gelöst werden können. Erst wenn die Ulbricht-Clique, die wieder den kapitalistischen Weg geht und die westdeutschen Kapitalisten mitsamt ihren politischen Handlangern in CDU und SPD gestürzt sind, erst wenn das deutsche Volk im Sozialismus vereinigt ist, können alle Fragen grundlegend und mit Leichtigkeit gelöst werden.

Wenn die Arbeiterklasse die politische Macht im Staat erobert hat, wird sie auch die Wohnungsfrage auf proletarische Weise lösen: Die Großwohnungen der Reichen werden beschlagnahmt und nach sozialen Gesichtspunkten verteilt. Der große Haus- und Grundbesitz und die gesamte Bauindustrie wird entschädigungslos enteignet und der gesamte Wohnungsbau unter Mitwirkung von Mieter- und Arbeitergenossenschaften als Staats- und Gemeindeaufgabe übernommen. Die Mieten werden nach sozialen Gesichtspunkten und lediglich zur Deckung der

Instandhaltung und der Betriebskosten festgesetzt. Die erste Aufgabe proletarischer Wohnungsbaupolitik wird die Herstellung gesunder, großer und moderner Arbeiterwohnungen sein.

Das ist das Ziel, für das wir kämpfen müssen, und damit wir es erreichen, müssen wir jetzt und hier mit dem Kampf beginnen. Überall da, wo das Kapital Angriffe auf das Volk unternimmt, muß das Volk sich unter Führung der Arbeiterklasse zusammenschliessen und die Angriffe zurückschlagen.

Nehmen auch wir hier in Kreuzberg den Kampf auf! Setzen wir dem Anschlag der Kapitalisten auf die Arbeiterviertel den Kampf um folgende Forderungen entgegen:

1. Schluß mit der schleichenden Einführung des Weißen Kreises! Herunter mit den Mieten!

2. Schluß mit der Vertreibung der Arbeiter an den Stadtrand! Bau von Arbeiterwohnungen mit niedrigen Mieten! Instandsetzung und Modernisierung der guterhaltenen Altbauten.

3. Finanzierung der Neubauten und Sanierungsmaßnahmen auf Kosten der großen Vermögen und Einkommen.

4. Erhaltung, Ausbau und Modernisierung des Bethanien-Krankenhauses!

2. Bethanien-Abriss: Ein Beispiel für das kapitalistische Gesundheitswesen

Der ersatzlose Abriß eines Krankenhauses gerade in einem Arbeiterviertel ist ein ganz besonders deutliches Beispiel für die krankenfeindliche Gesundheitspolitik, die in unserem Staat betrieben wird. Diese Gesundheitspolitik wird hauptsächlich bestimmt durch die eigensüchtigen Interessen der Krankenkassen, der Ärztekammern, der Pharmazeutischen Industrie und der Unternehmer und berücksichtigt erst ganz zuletzt die allernotwendigsten Bedürfnisse des Volkes - und dies nur deswegen, um die profitbringende Arbeitskraft zu erhalten und das Volk nicht zu beunruhigen.

Wie sieht das z.B. in der Praxis aus?

Beginnen wir bei den Krankenkassen: Die gesetzlichen Krankenkassen bekommen von jedem Bruttolohn einen Anteil von 13,25 %. Das sind bei einem Monatslohn von beispielsweise 600,-- DM im Jahr 953,-- DM. Vom Unternehmer, der seinen Anteil in die Lohnberechnung miteinkalkuliert, bekommt die Kasse ebenfalls 953,-- DM, also zusammen 1906,-- DM.

Nun könnte man meinen, daß die Krankenkassen genug Geld hätten, um die Kosten in jedem Krankheitsfalle zu übernehmen. Und trotzdem kommen die Krankenkassen nun mit dem billigen Trick und bieten ihren Versicherten am Jahresende im Höchstfalle ganze 30,-- DM, wenn sie keine ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Was heißt das? - Das heißt: unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Lage gerade der Ärmsten, die auch oft die Anfälligsten für Krankheiten sind, versuchen die Kassen zu verhindern, daß diese Menschen schon bei ersten Krankheitssymptomen den Arzt aufsuchen, wo vielleicht noch Aussicht auf Heilung besteht, versuchen sie diese Menschen zu zwingen, Schmerzen auszuhalten bis es nicht mehr geht. Denn 30,-- DM zahlen die Kassen gern am Jahresende, wenn sie mit den restlichen Versicherungsbeiträgen ihr Kapital vergrößern und den Kassenärzten höhere Honorare zahlen können.

Nun zu den Ärztekammern, die sich selbst Vertreter der ärztlichen Standesinteressen nennen:

Die Ärztekammern, die sich eigentlich in erster Linie für die Gesundheitsinteressen des Volkes einsetzen sollten, kümmern sich heute nur noch um das eigene Wohlergehen ihrer Mitglieder - der Ärzte - d.h. darum, wie diese ihren Geldbeutel vergrößern und ihr Ansehen bewahren können. Dazu ist ihnen jedes Mittel recht. 1955 z.B., als es in Berlin an vielen Krankenhäusern funktionierende Polikliniken gab, wo der Kranke mit seinem Krankenschein hingehen und sich von Spezialisten untersuchen lassen konnte, da setzte es die Ärztekammer durch, daß diese Polikliniken aufgelöst wurden und nur auf Universitätskliniken für interessante und schwerste Fälle beschränkt wurden. Warum? - Weil den freipraktizierenden Ärzten damals unendlich viele Kranken-

scheine durch die Lappen gegangen sind, und ihre Honorare an diesen Krankenscheinen hängen. Daß die freipraktizierenden Ärzte zu geübten Krankenscheinsammlern geworden sind, kann man aus ihrem Jahreseinkommen ersehen, das heute zwischen 80.000 und 180.000 DM liegt.

Heute - 15 Jahre später - wehren sich dieselben Ärztevereinigungen aus demselben Grund mit Händen und Füßen gegen eine von den Gesundheitsbehörden geplante Vorbeuge- und Kontrolluntersuchung. - Sie hatten längst eingesehen, daß die Ärzte mit ihrem Latein am Ende sind bei all den Krankheiten, die ihre Ursachen im kapitalistischen System und seinen Lebens und Arbeitsbedingungen haben, daß die Ärzte hier nur noch Flickarbeit machen. Und diese sogenannten funktionalen Krankheiten - wie z.B. Asthma, Magengeschwüre und Herzinfarkte - machen nach Untersuchungen 80 % aller Krankheiten aus.

Anstatt den Hebel an der Veränderung der Arbeits- und Lebensbedingungen des Einzelnen anzusetzen, verschreiben die Ärzte nur eine Unmenge von Pillen, die ihnen von der Pharmazeutischen Industrie mit einem Werbeaufwand von jährlich 1/2 Milliarde DM (viermal so viel wie der jährliche Werbeaufwand der Autoindustrie) aufgeschwatzt wird. Dabei sind 9 von 10 Medikamenten, die neu auf den Markt kommen (und es kommen täglich 7 neue Medikamente auf den Markt) reine Modeprodukte, die keine neuen Substanzen enthalten, sondern nur neue Namen haben. Die Pharmazeutische Industrie richtet sich nicht in erster Linie nach den Bedürfnissen der Kranken, sondern nur nach ihren Profitinteressen. Dabei ist der Patient ihr bestes Kapital, denn nur er finanziert über seine Krankenkassenbeiträge auch die pharmazeutische Industrie.

Zu alledem kommt noch, daß der Arbeiter auch noch von dem Unternehmer erpreßt wird, denn wer krank ist - und oft wird jemand gerade durch die Unterdrückung und intensive Ausbeutung im Betrieb krank - der wird mißtrauisch angesehen, und heimlich fragen sich die Chefs, ob er auch wirklich krank ist. Noch schlimmer ist es bei denjenigen, die häufiger krank sind. Da jetzt nach dem neuen Lohnfortzahlungsgesetz der Lohn von dem Unternehmer 6 Wochen lang weiterbezahlt werden muß, wird der kranke Arbeiter immer stärker mit dem Rausschmiß bedroht. Und wenn er nicht gleich rausgeschmissen wird, haben die Unternehmer immer noch zwei Mittel, um die Arbeiter gefügig zu machen. Entweder schicken sie sogenannte "Krankenkontrolleure", die sich diskret nach dem Zustand des Patienten erkundigen - (in Mannheim gibt es schon ein Detektivinstitut, das sich "Zentrale für Arbeitgeberermittlungen" nennt) - oder sie bezahlen sogenannte "Anwesenheitsprämien". Das sieht dann so aus, daß kranke Arbeiter weniger Geld in ihren Lohntüten vor-finden als ihre gesunden Kollegen. Um diese Prämie oder überhaupt den Arbeitsplatz nicht zu verlieren, schleppen sich oft auch kranke Arbeiter in den Betrieb und holen sich dadurch bleibende Gesundheitsschäden.

Der Arbeiter wird also ausgebeutet

- von der Pharmazeutischen Industrie
- er finanziert teure und ihn schlecht versorgende Arztpraxen
- die von ihm bezahlte Krankenkasse übt nur Druck auf ihn aus
- die Unternehmer zwingen ihn, seine Krankheit zu unterdrücken oder sie zumindest nicht auszukurieren.

Und wie verhält sich der Staat?

Er unterstützt die Politik all dieser Cliquen und ist selbst zu korrumpiert und schwach, selbst diejenigen Veränderungen herbeizuführen, die sogar im Interesse des Kapitalismus liegen.

In allen Bereichen, in denen die Bevölkerung auf staatliche Einrichtungen angewiesen ist, - beim Wohnen, im Krankenhaus, in den Schulen und Kindergärten - überall zeigt sich, daß die staatlichen Einrichtungen, die eigentlich für alle gleich da sein müßten, für die Armen und Arbeiter nur das Nötigste bereit halten und für die Reichen und Unternehmer alles im Überfluß.

Warum ist es denn eine so aufregende Sache, wenn Herr Springer mit seiner Bild-Zeitung, BZ und Morgenpost ganz groß darauf hinweist, daß durch Spendenaktionen eine Operation an einem Arbeiterkind möglich gemacht wurde? Warum sagt Springer nicht gleichzeitig, daß solche Operationen für die Reichen ganz selbstverständlich sind?

Das Problem der überfüllten Krankenhäuser und des fehlenden Krankenhaus-

personals soll durch die Einführung verkürzter Liegezeiten gelöst werden.

Und dies auf den Schultern der Kranken. Auch hier verspricht sich der Unternehmer wieder den Extraprofit: denn der zu früh gesundgeschriebene Arbeiter muß wieder in die Fabrik und ihm die Tasche füllen.

Wir konnten hier nur wenige Einzelheiten über das Vorgehen von Staat und Unternehmen sagen. Deutlich geworden ist aber mit diesen Hinweisen, daß die Arbeiter unter diesen Verhältnissen, unter der Herrschaft des Großkapitals und seiner Staatslakaien ein Gesundheitswesen errichten können, das sie ehrlich i h r Gesundheitswesen nennen können. Ein Gesundheitswesen, das dem Volk dient, können wir nur erreichen, wenn der ungeheure Reichtum, den die Arbeiter schaffen, nicht mehr von wenigen angeeignet wird, sondern von den Arbeitern in ihrem Interesse und unter ihrer Führung verwendet wird.

Wir fordern:

- den Bau neuer Krankenhäuser
- Einrichtung von guten Polikliniken an allen Krankenhäusern
- eine einheitliche Krankenversicherung für alle - d.h. keine Privatversicherungen mehr und keine Extraversicherung für verschiedene Berufsgruppen.
- Die Abschaffung von Privatstationen, Chefärzten und Oberinnen, dafür: gleiche und erstklassige Behandlung für alle,
- kollektive Leitung der Krankenhäuser durch Vertreter der Schwestern, Arbeiter und Angestellten und Ärzte im Krankenhaus.

Bericht über den Protestmarsch der KPD/ML

Im Anschluss an die Reden beschloss die Versammlung einstimmig einen Protestmarsch aufs Kreuzberger Rathaus.

Schon die zustimmende Aufnahme der Flugblätter und die Versammlung hatten die Herren in Senat und Rathaus in einige Unruhe versetzt. Gerüchteweise wurde von ersten Rückziehern gesprochen. Selbst der RIAS brachte am Tage der Versammlung ein Interview mit dem Chefarzt des Bethanienkrankenhauses, der sich entschieden gegen die Schließung des Krankenhauses aussprach. Springers "BZ" versuchte vier Tage vor der Demonstration mit langen Tiraden über den "Krankenhausnotstand in Kreuzberg" die Volkswut aufzufangen und sich als Vertreterin der Interessen der Arbeiter aufzuspielen.

Bei der Straßenagitation wurde uns wachsende Zustimmung aus der Bevölkerung entgegengebracht. Der rückständigere Teil der Massen, mit dem es bei den ersten Auftritten der Propagandatrupps noch zu teils schärferen Auseinandersetzungen gekommen war, schrumpfte zusehends. Die Agitation, an der jetzt auch einige Arbeiter aktiv teilnahmen, verband die konkreten Probleme der Massen eng mit der Propaganda unserer kommunistischen Ziele und der Entlarvung der Revisionisten.

Auf über 30 000 Flugblättern wurde die Resolution der Versammlung und der Aufruf zur Demonstration verbreitet, in Hausbriefkästen, während der Strassenagitation und, was besonders wichtig war, morgens früh vor Betrieben und U-Bahnhöfen verteilt. Große Wirkung erzielte die riesige Karikatur "Beutegeier über Bethanien", montiert auf einen Lautsprecherwagen, der - die Internationale und andere Arbeiterlieder spielend - am Tage der Demonstration durch Kreuzbergs Strassen fuhr und zum Protestmarsch aufrief. Der Propagandawagen, der den Klassenfeind lächerlich machte, erntete überall Zustimmung und Heiterkeit. Teilweise wurden wir mit "Rotfront!" und erhobener Faust gegrüßt, ein Arbeiter wünschte sich "Brüder zur Sonne zur Freiheit" - ablehnende Äusserungen waren auffallend selten.

Die so durch monatelange Agitation vorbereitete Demonstration wurde ein Erfolg. In Blöcken gegliedert, die führende Rolle der Arbeiterklasse und der Partei und die dienende Rolle der Studenten und Intellektuellen klar zum Ausdruck gebracht, unter vielen roten Fahnen, Hammer und Sichel und Losungen, die das Ziel der proletarischen Revolution mit den tagespolitischen Forderungen verbanden.

Samstag, 14. März 1970: Die Demonstranten versammeln sich vor dem Bethanienkrankenhaus.

Die Spitze des Zuges bilden das Stadtteilkomitee und die Arbeitergruppe Kreuzberg der KPD/ML, rechts und links die zwei großen roten Fahnen der Partei und der Roten Garde. Dahinter der Lautsprecherwagen mit der "Beutegeier"-Karikatur, über hundert "Rote Krankenschwestern und Mediziner" bilden den nächsten Block. Dann die "Roten Architekten", ein Kinderblock, die Rote Garde, weitere Studenten und Jugendliche und die "Roten Bauarbeiter". Sorgfältig auf Stoff und Presspappe aufgezeichnete Parolen:

Kampf der Kapitalistenklasse - Kampf dem Abriß der Arbeiterviertel - Hände weg von Bethanien
Nieder mit Ulbricht und Brandt - Arbeitermacht in ganz Deutschland - Patient 3. Klasse - auch du Polizist

Chefarzt vom Klinikum - Stundenlohn DM 900,-- - Arbeiter 5 DM

Auf 1000 Menschen: im Villenviertel Zehlendorf 47 Betten - im Arbeiterviertel Kreuzberg 10 Betten

Arbeiter: 10 Mann auf 1 Zimmer - Kapitalist: Privatklinik

Bauarbeiter: Bethanienabriß ohne uns

Den Schluß bildete ein LKW, beschriftet mit den Forderungen und dem Treffpunkt der Arbeitergruppe.

Ein Agitationslied zum Bethanienabriß wird vorgetragen, die Blöcke formieren sich. Am Rande versuchen SEW-Agenten auf übelste opportunistische Weise zögernde Kreuzberger vom Mitmarschieren abzuhalten ("Was haben denn rote Fahnen mit Bethanien zu tun?").

Über dem Eingang des Bethanienkrankenhauses erscheint eine rote Fahne - Krankenschwestern winken. Der Zug setzt sich in Bewegung, durchs Sanierungsgebiet zum Kreuzberger Rathaus. Während des Marsches wächst er auf etwa 700 Teilnehmer an, davon knapp 100 Arbeiter. Der Lautsprecherwagen gibt Informationen durch, Arbeiterlieder werden gespielt und mitgesungen. Sprechchöre:

Hände weg von Bethanien!
Es wird immer schlimmer - zehn Mann auf einem Zimmer

Der Senat spielt Krieg - Bagger rollen für den Sieg

Sanierung heißt Evakuierung

Kirche, Senat und Kreßmann-Zschach stecken unter einem Dach

Der Kapitalismus zerstört, was dem Volke gehört

Die Macht im Staat dem Proletariat!

Fenster öffnen sich, Balkone füllen sich, Kneipengäste verlassen ihr Bier. Es werden Flugblätter verteilt. Bei der Mehrheit der Zuschauer freundliche, interessierte Zustimmung.

Der Protestmarsch endet mit einer Kundgebung vor dem Kreuzberger Rathaus. An den Masten, die sonst die reaktionären Bourgeois-Fahnen tragen, werden von Teilnehmern spontan zwei rote Fahnen der Arbeiterklasse gehißt. Die hohen Rathaus-Bonzen - obwohl per Einschreiben zur Entgegennahme der Entschließung aufgefordert - haben sich verkrochen.

Brausender Beifall ertönt, als ein älterer Genosse der Arbeitergruppe Kreuzberg der KPD/ML das Mikrofon ergreift, um in knappen, eindrücklichen Worten den Widerstand des Volkes gegen die Krankenhaus-Schliessung und die Notwendigkeit des Kampfes für den Sozialismus auszudrücken. Im Namen der Arbeiterklasse dankt er den revolutionären Studenten und Krankenschwestern für ihre Unterstützung. Es folgen Solidaritätsadressen von Krankenschwestern verschiedener Westberliner Krankenhäuser und eines Arztes aus Bethanien. Während der Kundgebung zeigt sich die Bereitschaft der Teilnehmer, sich für die revolutionäre Bewegung des Volkes und die Arbeit der marxistisch-leninistischen Partei des Proletariats einzusetzen: hauptsächlich durch Mitarbeit, aber auch durch finanzielle Opfer. Es wurden für die Arbeit des Stadtteilkomitees 300 DM gesammelt. Weitere Arbeiter erklärten ihre Bereitschaft zur Teilnahme an der Arbeitergruppe, darunter der eine oder andere Altkommunist aus der Thälmann-Zeit.

Den Abschluß der Kundgebung bildet die Rede eines Genossen des Stadtteilkomitees der KPD/ML, in der unter großem Beifall aller Anwesenden erneut darauf hingewiesen wurde, daß eine grundlegende Lösung der Probleme der Massen einschließlich des Gesundheitswesen - nur

unter der Diktatur des Proletariats gefunden werden kann:

"Die deutsche Arbeiterklasse hat eine ruhmreiche Tradition im Kampf gegen die Bourgeoisie. Nehmen wir diese Tradition auf! Entreissen wir den Arbeiterverrätern in Ost und West die rote Fahne und hissen sie wieder als Zeichen unserer Entschlossenheit und Einheit! Folgen wir dem Beispiel der großen deutschen Kommunisten Marx, Engels, Luxemburg, Liebknecht und Ernst Thälmann!

Machen wir einen Anfang. Organisieren wir uns in Häusern, Straßen und Betrieben, um unsere Probleme zu besprechen und den gemeinsamen Kampf aufzunehmen!" Bevor wir auseinandergingen, sangen wir gemeinsam mit erhobenen Fäusten die Internationale.

Signal der Ermutigung

Worin bestand der Erfolg des Protestmarsches? Ob der Abriß des Bethanienkrankenhauses verhindert wurde oder nicht, wird sich noch zeigen. Aber den Erfolg einer einzelnen Aktion nur darin zu sehen, ob sie ihr tagespolitisches Ziel erreicht, d.h. ihre Forderungen durchsetzt oder nicht, ist eine verkürzte Sichtweise. Der Kampf des Proletariats für den Acht-Stunden-Tag blieb z.B. lange Zeit "erfolglos". Aber in den jahrelangen Kämpfen wurden die Massen für den Sozialismus mobilisiert, die Bourgeoisie in die Enge gedrängt. In unserer heutigen Situation müssen wir vor allem fragen: trug die Aktion zur Propagierung des Kommunismus etwas bei? Wurden durch sie einige bewußtere Proletarier gewonnen und aktiviert? Verstärkt sie die Resignation oder enthielt sie ein Element der Ermutigung?

Die Kreuzberger Arbeiterbevölkerung haßt Kapitalismus und Revisionismus. Das haben wir in unseren Agitationsgesprächen erfahren. Daß sie nicht schon heute zu tausenden Widerstand leistet, liegt einerseits an der bisher fehlenden politischen und organisatorischen Führung, andererseits an einer tiefgehenden Entmutigung. Das mangelnde Vertrauen in die eigene Kraft rührt nicht so sehr von Mißerfolgen in einzelnen Kämpfen her, sondern von der großen, wenn auch zeitweiligen, Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt. Nazifaschismus, kapitalistische Nachkriegsrestauration, der Verrat der Sozialdemokratie und der modernen Revisionisten in Ost und West haben die Kampfbereitschaft des Proletariats geschwächt, Hoffnungslosigkeit und Isolation zurückgelassen.

Unsere offene und selbstbewußte kommunistische Propaganda, die Versammlung und der Protestmarsch konnten natürlich nicht mit einem Schlage die Resignation in massenhaften Kampf verwandeln. Es wurde jedoch ein Prozeß der allmählichen Ermutigung in Gang gesetzt. Beweis dafür sind nicht nur die zahlreichen Äusserungen der Zustimmung ("Endlich wird mal was gemacht", "Jawohl, ihr habt recht"), sondern auch das Hervorbrechen von Erinnerungen an vergangene revolutionäre Kämpfe ("Ja, früher war hier alles rot". "Unter Thälmann, das waren noch Kommunisten!"). Eine Reihe von Erlebnissen aus dieser Zeit wurden uns geschildert.

Diese Wendung von Resignation zu allmählicher Ermutigung muß eine quantitative Entwicklung durch unsere beharrliche Untersuchungs-, Propaganda- und Organisierungsarbeit erfahren. Das wird eines Tages dazu führen, daß auch in den breiten Massen die Ermutigung über die Resignation triumphiert und eine neue Qualität von Massenkämpfen ermöglicht.

Die Partei stærken!

Um wirksame politische Arbeit leisten zu können, benötigt man Geld. Geld für Papier, für Farbe, für Bücher, Geld für Fahnenstoff, Fahrgeld, Druckmaschinen, Megaphone und vieles andere mehr.

Dieser Tatsache bewußt war sich auch die KPD/ML-Ortsgruppe Karlsruhe. Um die fianzielle Lage der Parteikasse zu verbessern, mußte also etwas unternommen werden. Was Beiträge und gelegentliche Spenden bringen, reicht bei weitem nicht zur Deckung notwendiger Anschaffungen. Als wirksames Mittel zur Verbesserung der Kassenlage erschien den Karlsruher Genossen deshalb der Arbeitseinsatz der gesamten Gruppe. Nach

langen zähen Verhandlungen mit einer Firma erhielten sie schließlich den Auftrag, einen Baum zu fällen und das anfallende Holz und Reisig zu beseitigen.

Die Genossen nahmen sich für die Tage, an denen der Baum gefällt werden sollte, Urlaub. Bereits um 7. Uhr früh standen sie an einem naßkalten Tag vor dem Baum: Es handelte sich um einen mächtigen, etwa 20 m hohen Kastanienbaum, der hoch oben in fünf mächtigen Ästen steil auslief. Er stand in einem kleinen Innenhof, der von allen Seiten durch Häuser begrenzt wurde. Wie sollte es den Genossen unter diesen Umständen gelingen, den Baumriesen zu fällen, ohne die Häuser zu beschädigen? Sich der Verpflichtung der Partei gegenüber aber voll bewußt, dachte man an den Satz Mao Tsetungs: "Fest entschlossen sein, keine Opfer scheuen und alle Schwierigkeiten überwinden, um den Sieg zu erringen", und machte sich an die Arbeit. So gelang es den Genossen nach langen Überlegungen schließlich, eine Methode zu finden, wie man trotz der erschwerten Bedingungen zum Ziel kommen würde. Mit Seilen, Leitern und einer geborgten Motorsäge ging man an die Arbeit. Strömender Regen, der die Genossen vollkommen durchnäßte, blieb unbeachtet vom revolutionären Elan. Auch die ständigen Gefahren, die durch herabstürzende Äste entstanden, hinderten nicht an der Arbeit. "Arbeit bedeutet Kampf", sagt Mao Tsetung. Alle Genossen sollten diese Wahrheit verstehen lernen.

Angeseilt am Baum, dessen Rinde vom Regen glitschig geworden war, arbeitete in der schwindelnden Höhe von 15 m ein Genosse mit laufender Motorsäge.
Es dauerte lang, bis man den Baum gefällt und mit Hilfe von Lastwagen, die sympathisierende Arbeiter besorgt hatten, die Holz- und Reisigmassen beseitigt hatte. Zwei Tage lang schufteten die Genossen vom frühen Morgen bis tief in die Dunkelheit hinein. Dann war es geschafft! Die mühsame Arbeit war getan! Genügend Papier, ein gutes Megaphon und andere wichtige Dinge können endlich angeschafft werden.

Mag das Beispiel der Karlsruher Genossen für alle Gruppen unserer Partei eine Anleitung dafür sein, wie man revolutionäre Haltung in der Praxis beweisen kann! Vergrößert die Mittel der Partei durch Arbeitseinsätze, stärkt damit unsere Kampfkraft!

ERNEUTER BEWAFFNETER TERRORÜBERFALL

der Münchner Polizei auf die ROTE GARDE München !

Am Freitag, dem 6.3.70 um 6.00 Uhr früh, schlug die Münchner Polizei erneut zu. Sie durchwühlte sowohl das Zentrum der ROTEN GARDE als auch zwei weitere Privatwohnungen von Rotgardisten.

17 zivile und 25 uniformierte Beamte der Münchner Polizei - erneut mit einem MP bewaffnet - brachen mit Brachialgewalt die Tür zu den Versammlungsräumen der ROTEN GARDE in der Georgenstraße auf. Sie durchwühlten alle Räume und hinterließen einen furchtbaren Saustall. Obwohl sich der Durchsuchungsbefehl nur auf die Räume der ROTEN GARDE beschränkte, wurde ohne zu zögern, die Privatwohnung eines Rotgardisten umgestülpt. Trotz mehrmaliger Aufforderungen wurde dem Rotgardisten der Durchsuchungsbefehl nicht ausgehändigt.

Gleichzeitig wurde ein Wohnhaus, in dem unter anderem ein Rotgardist wohnt, von 32 Beamten durchsucht. Die Polizeibeamten schreckten nicht einmal davon zurück, sämtliche im Haus befindlichen Wohnungen von größtenteils politisch nicht engagierten Leuten zu durchsuchen.

Ebenfalls wurde eine Etage, in der eine Rotgardistin ein Zimmer als Untermieterin bewohnt, vollständig durchsucht.

In allen drei Fällen wurden sowohl die Privatwohnungen von Rotgardisten als auch von unbeteiligten Leuten durchsucht, obwohl sich der Durchsuchungsbefehl nur auf die Versammlungsräume der ROTEN GARDE beschränkte. Ebenfalls wurde in allen drei Fällen den Betroffenen gewaltsam verweigert, einen Anwalt zu benachrichtigen.

Die ROTE GARDE - München stellt wegen den oben genannten Gründen Strafanzeige und Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Staatsanwaltschaft und Polizei.

SOLIDARITÄT MIT UNSEREN FRANZÖSISCHEN GENOSSEN

Ein Gespenst geht um, nicht nur in Deutschland - das Gespenst des "Maoismus" ...

Im Juni 1968 hatte die gaullistische Reaktion die KPF/ML und die UJC/ML (Union der Kommunistischen Jugend/ML) verboten. Schamloserweise berief man sich dabei auf ein Dekret der Volksfront, das sich gegen faschistische Banden richtete! Unsere Genossen von der KPF/ML, denen sich damals der marxistisch-leninistische Teil der UJC/ML anschloss, setzten den Kampf mit umso größerer Entschlossenheit fort. Sie verbanden den legalen Kampf mit dem illegalen, indem sie einerseits die legale Massenzeitung "Humanité rouge" und legale Massenorganisationen gründeten und andererseits den Parteiapparat durch den Übergang zur Illegalität der Zerschlagung entzogen. Der anarcho-"maoistische" Teil der UJC/ML, der sich als "Proletarische Linke" neu gründete, verspottete damals unsere Genossen und stellte die These auf, die Bourgeoisie sei so schwach, daß man keinerlei Sicherheitsvorkehrungen zu treffen brauche.

Heute zeigt sich, wer damals recht hatte. Die französische Bourgeoisie hatte eine Zeitlang die legale Agitation der Revolutionäre geduldet, weil sie nicht eine neue Eskalation des Klassenkampfes provozieren wollte. Außerdem fühlte sie sich während der Periode der Hochkonjunktur 1969 relativ stark.

Diese Periode geht nun auch in Frankreich offenbar ihrem Ende zu. Die Bourgeoisie trifft also nun Sicherheitsvorkehrungen für die kommende Krise. Ihre erste Maßnahme war ein Großangriff auf die Marxisten-Leninisten! In 30 Städten wurden unsere Genossen von der Polizei überfallen - Verhaftungen, Durchsuchungen, Schikanen ... Einige Genossen wurden beschuldigt, Drogen zu handeln, andere des Terrorismus angeklagt.

In Le Mans wurden fünf Genossen verhaftet, Arbeiter und Studenten.

Die Bourgeoisie wußte sehr gut, warum sie ihren ersten Schlag gegen diejenigen richtete, die sie beschuldigte, die "verbotene KPF/ML wieder aufzubauen". Sie wußte, daß die konsequente marxistisch-leninistische Linie unserer Genossen eine tödliche Bedrohung für sie geworden war. Die Bourgeoisie beherrscht die Arbeiterklasse durch die revisionistische Bürokratie der "K"PF und CGT (Gewerkschaft). Sie weiß, daß der Übergang immer grösserer Teile der Arbeiterklasse vom Revisionismus zum Marxismus-Leninismus der Anfang vom Ende ihrer Herrschaft ist.

Aber unsere Genossen stehen bereits nicht mehr allein: in Le Mans und überall in Frankreich setzte sofort eine Welle von Solidaritätsaktionen für die Verhafteten ein. Auch die Führer der "Proletarischen Linken" wurden inzwischen verhaftet. Das beweist nachträglich ihren Irrtum: die Bourgeoisie ist strategisch ein Papiertiger, aber faktisch hat sie Zähne.

Jetzt kommt es darauf an, eine Einheitsfront aller französischen Revolutionäre gegen die Großoffensive des Kapitals zu organisieren. Jetzt wird sich die wirkliche proletarische Linke um die Marxisten-Leninisten scharen.

Alle Verräter wie z.B. die trotzkistische (lambertistische) AJS dagegen werden sich endgültig entlarven (die AJS ging inzwischen soweit auf die Linie der "K"PF über, daß sie die "Maoisten" als bezahlte Provokateure der Polizei beschuldigte ...).

Die deutschen Marxisten-Leninisten stehen fest an der Seite ihrer verfolgten Genossen, die die glorreiche Tradition der Kommune und der Resistance hochhalten. Daß die Bourgeoisie sie mehr verfolgt als alle übrigen, wird den Massen endgültig beweisen, wer ihre wahre Avantgarde ist!

Anna Louise Strong verstorben

Am 29. März verstarb die bekannte amerikanische Journalistin und Schriftstellerin Anna Louise Strong nach schwerer Krankheit in Peking. Frau Strong, der Mao Tsetung im August 1946 das berühmte Interview gab, ist uns besonders durch ihre "Briefe aus China" bekannt geworden. Ihr verdanken wir viele interessante Reportagen aus der Volksrepublik China.